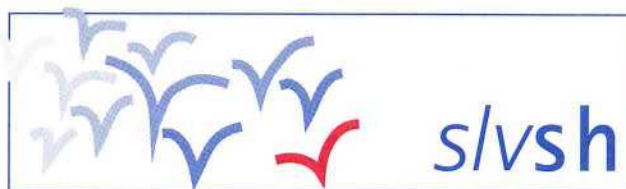


17

MÄRZ '96



- *workshops Schulleitung*
- *slvsh ↔ GEW*
- *Schulleitung als Vertretungsreserve*

Exklusiv bei uns:

- *Prof. Krüger zu Schulautonomie*

Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.

*Die Interessenvertretung für
Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter*

information

Schulleitung – Ein Lernsystem

Schulleitung – Ein Lernsystem Gesamtwerk

herausgegeben von Richard Bessoth und Hans-Joachim Schmidt

Loseblattwerk, 8 Ordner, z. Zt. ca. 4.200 Seiten,
DM 288,-/öS 2.131,-/sFR 288,-, ISBN 3-472-50450-1

Das Werk stellt alle Bereiche dar, mit denen sich heute Schulleiter auseinandersetzen müssen.

Folgende Themen werden u. a. behandelt:

Band 1: Schulorganisation/Schulrecht

Loseblattwerk, 2 Ordner, z. Zt. ca. 1.100 Seiten,
DM 78,-/öS 577,-/sFR 78,-, ISBN 3-472-50460-9

Gesellschaftliche Funktionen des Schulwesens, Schulreform, Bildungsplanung und Bildungsökonomie, Schulverwaltung, Schulleitung: Aufgaben und Qualifikationen

Band 2: Haushalt/Planung

Loseblattwerk, 2 Ordner, z. Zt. ca. 1.000 Seiten,
DM 78,-/öS 577,-/sFR 78,-, ISBN 3-472-50470-6

Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Organisations- und Kontrollverfahren, Bau/Ausstattung: Schulbau u. Schulausstattung, Ressourcenmobilisierung und Schulfinanzierung, Datenverarbeitung und Informationssysteme

Band 3: Personal/Schulklima

Loseblattwerk, 2 Ordner, z. Zt. ca. 1.200 Seiten,
DM 78,-/öS 577,-/sFR 78,-, ISBN 3-472-50480-3

Personalverwaltung, Personalrecht, Beamten-, Angestellten- und Personalvertretungsrecht, Personeneinsatz, Leistungsverhalten, Motivation, Kommunikation, Personalbeurteilung und -beratung

Band 4: Pädagogische Führung/Unterricht

Loseblattwerk, 2 Ordner, z. Zt. ca. 1.000 Seiten,
DM 78,-/öS 577,-/sFR 78,-, ISBN 3-472-50490-0

Pädagogische Führung, Schulgestaltung/Schulprofil, Unterrichtsvorbereitung, Beobachtung und Analyse des Unterrichtsverhaltens, Zukunft der Schule

der *s/vsh* lädt ein zu



workshops
für
Schulleitung

am 24. 4. 1996 von 9 bis 16 Uhr
ins Hotel Intermar / Segeberg

Mit den angebotenen workshops greift der *s/vsh* die Anregungen und Wünsche seiner Mitglieder aus dem vergangenen Jahr auf.

Die workshops dienen
der Vermittlung von Informationen
der Klärung von Bedürfnissen
der Formulierung von Forderungen

bitte umblättern



vom IPTS als Fortbildung anerkannt

- **Einführungsreferat** • Führung und Verantwortung in Wirtschaft und Schule •
von **Dr. Helmut Keim** Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände
- **workshop 1** Laufbahnverordnung • Arbeitszeit • Dienstvorgesetzter • Konferenzvorsitz • Schulleiter auf Zeit
- **workshop 2** Auswahl von Schulleitern • Wahl oder andere Verfahren • Ausbildung • Fortbildung
- **workshop 3** Haushaltsbudgetierung in der Praxis • Durchsetzung und Anwendung
- **workshop 4** Moderne Bürotechnik in Schulleiterbüro und Sekretariat • Fortbildungsangebote
- **workshop 5** Personalbewirtschaftung • Lehrkräftebörse • Stundentafel • Vertretung • Schulprofil
- **workshop 6** Umgang mit den neuen Lehrplanentwürfen in der Praxis • Schulprogramm • Schulprofil

Der workshop 1 soll der Auseinandersetzung mit unserem Aufgabenfeld sowie Selbst- und Rollenverständnis von Schulleitung vor dem Hintergrund der angestrebten Reformen dienen.

In workshop 4 geht es um die Diskussion über Chancen und Risiken einer zeitgemäßen personellen und sächlichen Ausstattung der Schulverwaltung bis hin zur landesweiten EDV-Vernetzung.

Anmeldung durch Überweisung oder Verrechnungsscheck
mit der Tagungspauschale von DM 30/50 für Mitglieder/Gäste
(Mittagessen, Kaffee, Pausengetränke)
und mit Angabe des gewünschten workshops
an Uwe Koch, Schobüller Str. 57, 25813 Husum
Sparkasse Nordfriesland Bankleitzahl: 217 500 00 KontoNr.: 100 126 416
Anmeldeschluß ist der 29.3.96

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Einladung zu workshops • Schulleitung	3
Vorwort - Michael Doppke	6
Gespräch slvsh/MFBWS - Planstellenzuweisung - W. Rossow	7
Fehlstundenstatistik - Michael Doppke	9
Erläuterungsbedarf zum „Teilzeiterlaß“ - MFBWS	10
Offener Brief an die Ministerin - Angelika Sing	11
<i>Zur Diskussion</i>	13
• GEW - Gegen den Formularvorschlag des slvsh zur Abschaffung der Halbjahreszeugnisse in Klasse 1	13
Antwortschreiben des slvsh - W. Rossow/ A. Sing	14
• GEW - Für den Schulleiter auf Zeit	15
Einspruch für den slvsh - Walter Rossow -	16
Glosse zum Schulleiter auf Zeit aus Baden-Württemberg	17
Acht Gründe für Schulautonomie - Prof. Rudolf Krüger	18
FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN - Holger Arpe	21
Stellungnahme zum Entwurf einer Gesetzesänderung des Landesbeamten- und Schulgesetzes - Olaf Peters	27
Abfrage zur Vertretungsbelastung von Schulleitung - A. Sing	29
Reisen	30
Traumberuf Lehrer	31
Aus anderen Verbänden: Frühjahrstagung der ASD - A. Sing	32
• Resolution zum Beamtenstatus	32
• Schulleiter/innen als Dienstvorgesetzte	32
• Schulleiterauswahl und - ausbildung	33
Zensuren im 3.Schuljahr - angewandte Autonomie ? -	
Briefwechsel einer Schule mit dem MFBWS	34
<i>Die letzte? - Das Letzte! -</i>	37
Pressespiegel zu Prof. Struck	38
Aus der Arbeit des Vorstandes	42
• Mageres Ergebnis der slvsh-Ressourcenjagd	42
• Neuer Kooperationspartner des slvsh	42
• Aktivitäten des Vorstandes	43
• Adressen	44

Am Ende der Zeitung finden Sie zur Werbung neuer Mitglieder ein Beitrittsformular

VORWORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der slvsh hat in der Diskussion um die Weiterentwicklung und Stärkung der Eigenverantwortung der Schule u.a. immer wieder eindringlich darauf hingewiesen, daß dieser Weg nur konsequent und mit „Ertrag“ für die Kinder und Jugendlichen beschritten werden kann, wenn die personelle Ausstattung ausgewogen ist und den Anforderungen an Schule entspricht.

Profilbildung und Unterrichtsversorgung sind z.B. untrennbar miteinander verbunden, sogar voneinander abhängig. Eine unzureichende und nicht längerfristig planbare Planstellenzuweisung verhindert Innovationsprozesse und führt z.T. sogar dazu, daß bereits erfolgreich geleistete Arbeit wieder zunichte gemacht wird.

Schauen wir unter dem Aspekt Unterrichtsversorgung ins nächste Schuljahr, nehmen die Sorgenfalten bei Schulleitungen zu: Die Situation wird sich nämlich unabhängig vom Ausgang der Landtagswahl weiter drastisch verschlechtern.

Für viele Eltern und Außenstehende liegt die Verantwortung für Unterrichtsausfall, Unterrichtskürzungen und/oder nicht erteilte Unterrichtsfächer zunächst bei den Schulleitungen. Diese müssen dann erklären,

- warum neben rasant steigenden Klassenfrequenzen auch noch immer weniger Unterricht erteilt werden kann! (Die Schmerzgrenze wird an vielen Schulstandorten unterschritten werden!)
- warum längerfristig schwer erkrankte Lehrkräfte - wenn überhaupt - nur zum Teil ersetzt werden und sich deshalb Stundenplan und Unterrichtszeiten ständig ändern
- warum kurzfristige Krankheitsfälle nicht aufgefangen werden können, obwohl u.U. Lehrkräfte im Lehrerzimmer sitzen, aber auf Grund des Teilzeiterlasses nicht eingesetzt werden dürfen (s. S. 8)
- warum Lehrkräfte aus den Gymnasien an Grundschulen - bald auch an Haupt-

schulen - abgeordnet werden, obwohl genügend ausgebildete Grund- und Hauptschullehrer auf eine Anstellung warten

- warum z.B. Religions- oder Musikunterricht nicht erteilt werden kann, in der Schule am Nachbarort dieses Fach aber überbesetzt ist
- warum Fächer wie Wirtschaft/Politik und Philosophie in der Stundentafel auftauchen, ohne daß es genügend dafür ausgebildete Lehrkräfte gibt
- warum projektorientierter bzw. fächerübergreifender Unterricht verlangt wird, ohne daß ein ausreichendes Fortbildungsangebot für Lehrkräfte besteht
- warum Sozialpädagoginnen, die in den Vorklassen und Schulkindergärten vorbildliche Förderarbeit geleistet haben, plötzlich Fachunterricht in der Grundschule erteilen.

Diese Aufzählung ließe sich beliebig verlängern.

Die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist groß und wird immer größer!

Der slvsh erwartet, daß endlich Klartext geredet wird. Die verantwortlichen Politiker/innen müssen Bilanz ziehen und Entscheidungen treffen.

Was soll Schule leisten, und was können wir uns davon leisten?

- Brauchen wir Schule als Lehranstalt oder als pädagogisches Zentrum?
- Richten sich die Aufgaben der Schule nach den bestehenden Rahmenbedingungen oder schaffen wir Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, den Anforderungen gerecht zu werden?
- Stellen wir so viel Lehrkräfte eine, daß unabhängig von der Klassengröße die Stundentafel erfüllt werden kann? Oder kürzen wir die Stundentafel, weil nicht

genug Lehrer eingestellt werden können oder sollen? Oder setzen wir wieder einen Klassenteiler ein bzw. erhöhen ihn?

Die Verantwortung dafür darf auf keinen Fall auf die Schulen abgeschoben und unter dem „Deckmantel Autonomie“ verkauft werden!

Wer dauerhafte Innovationsbereitschaft in Schule erzeugen und erhalten will, darf die Träger - Lehrkräfte und Schulleitung - nicht überlasten.

Der slvsh wird verstärkt auch zu Detailfragen in diesen Bereichen Stellung beziehen.

Bei unseren **workshops** am 24.4.96 in Bad Segeberg haben Sie die Gelegenheit, IHRE MEINUNG und IHRE VORSCHLÄGE einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Doppke

ZUR PLANSTELLENZUWEISUNG

Gespräch des slvsh- Vorstandes mit dem Bildungsministerium - Walter Rossow -

Auf der Jahreshauptversammlung am 1.11.1995 in Bad Segeberg wurde der Vorstand beauftragt, unverzüglich das Gespräch mit dem Ministerium zu suchen, um die z.T. chaotische und offenbar vom Zufallsprinzip bestimmte Planstellenzuweisung - sowohl im Lande wie auch in etlichen Kreisen - aufzuzeigen. Gleichzeitig sollte für das Schuljahr 1996/97 eine qualifizierte, sachgerechte, transparente und rechtzeitige Planstellenzuteilung gefordert werden.

Dieses Gespräch fand am 19.12.1995 im Ministerium statt. Von seiten des Ministeriums nahmen der Leiter der Abteilung Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen, Herr Ministerialdirigent J. Jacobsen, sowie die Ministerialräte Paetow und Kaempfe - in der Abteilung zuständig für die Planstellenverteilung - teil, den slvsh vertraten die Vorstandsmitglieder Uwe Koch und Walter Rossow.

Angesprochen auf die von zahlreichen Schulleiterinnen und Schulleitern im Lande als problematisch empfundene Planstellenzuweisung des Ministeriums, stellten seine Vertreter dar, wie die Planung ablaufe und welche Probleme dabei zu berücksichtigen seien. Den Vorwurf einer chaotischen und vom Zufall bestimmten Planstellenzuweisung „von Kiel“ auf die Kreise wies Herr Jacobsen vehement zurück. Transparenter als das jetzige Verfahren könne die Planung nicht offengelegt werden - dazu sei man schon aufgrund des Mitbestimmungsgesetzes angehalten! Auch würden

vor der Veröffentlichung des Planstellenerlasses neben dem Hauptpersonalrat die Landeselternbeiräte aufs genaueste informiert.

Die Schulräte seien in ihren Kreisen zur Information über den Planstellenerlaß verpflichtet, wie diese Information statfinde, liege aber in ihrer Verantwortung.

Herr Jacobsen sagte - auf unsere Bitte hin - zu, bei der nächsten Schulrätedienstversammlung die vom Vorstand vorgetragene Kritik an der unterschiedlichen Information in den Kreisen anzusprechen.

Unserem Hinweis, daß die alten Daten der September-Statistik zu Ungerechtigkeiten führten und auch kein Ausgleich im Folgejahr passiere - da ja dann die Verschiebungen durch andere Schülerbemessungszahlen z.T. wieder „aufgefangen“ würden - stellten Herr Jacobsen und Herr Paetow folgende Überlegungen gegenüber:

- Es sei das gerechteste System, welches z. Zt. vorstellbar sei, weil es sich an den tatsächlich erhobenen Daten orientiere.
- Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, daß man sich auf Prognosen („März-Statistik“) nicht ausreichend verlassen könne, weil zwischen März und Juni noch erhebliche Bewegungen stattfinden.

Die Ungerechtigkeiten, die jetzt entstünden, seien, gemessen an unverlässlichen Prognosen, weit weniger schwerwiegend und würden im folgenden Schuljahr ausgeglichen werden. Im übrigen würde sich an der Summe der zugeteilten Planstellen über das Land hin nichts ändern, veränderbar sei lediglich die Meßzahl.

Herr Jacobsen machte deutlich, daß er froh sei, daß nach dem jetzigen System verfahren werde und er auch in den nächsten Jahren daran festzuhalten gedenke.

Er stellte in Aussicht, daß - wenn die aufwendige Arbeit der Erstellung des Planstellenerlasses abgeschlossen sei - von Herrn Paetow und/oder Herrn Kaempfe die Problematik der Planstellenverteilung aus Sicht des Ministeriums in einem Aufsatz in unserer slvsh-information dargestellt werden könnte.

Im weiteren Gespräch beklagte der slvsh massiv sowohl den Zeitpunkt als auch die geringe, teils völlig fehlende Transparenz bei der Verteilung der Planstellen in einigen Kreisen. Noch immer werde - so die Sicht betroffener Schulleiter/innen - in einigen Kreisen mit einer Art „Vernebelungstaktik“ gearbeitet, so daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schulamt und Schulleitern und Schulleiterinnen faktisch unmöglich sei! Es wurde auf die u.a. im Kreis Pinneberg angewandte Regelung verwiesen, welche - nach Aussagen der dort Beteiligten - die wohl optimalste Unterrichtung aller darstelle. Herr Jacobsen gab zu bedenken, daß man nicht das „Pinneberger-Modell“ auf alle Kreise verpflichtend übertragen und gleichzeitig von Autonomie sprechen könne, da dieses im Gegensatz dazu bedeute, weitgehende Einschränkungen in die Gestaltungsfreiheit der Schulämter vorzunehmen. Auch sei es sicherlich nicht besonders klug, das - zugegebenermaßen - beste System den Schul-

ämtern, die noch nicht so weit seien, vorzuschreiben. Er gehe davon aus, daß die Schulämter sich um weitgehende Informationen bemühen, versprach aber, auch diese von uns geäußerte Kritik auf der nächsten Schulrätedienstversammlung offen anzusprechen! Gleichfalls stellte er ein weiteres Gespräch - dann auch mit „betroffenen“ Schulräten - im Ministerium in Aussicht, um hier endgültig Abhilfe zu schaffen.

Im weiteren Verlauf des Gespräches wurden Einzelfragen - so auch die Anwesenheit entscheidungsbefugter Sachbearbeiter für Personalmaßnahmen im Ministerium - angesprochen. Herr Jacobsen hält es für schwer vorstellbar, daß der Urlaub von Mitarbeitern des Ministeriums für Verzögerungen bei Besetzungen von Planstellen geführt haben soll, denn selbstverständlich werde die Arbeit eines in Urlaub befindlichen Mitarbeiters auf andere Kollegen verteilt.

-- Es stellt sich allerdings aufgrund gemachter Erfahrungen die Frage, ob diese „Vertreter“ auch Entscheidungsbefugnis haben. (Anm. des Verfassers) --

Die in wenigen Kreisen noch geforderte Ferienpräsenz in der Schule muß unbedingt zugunsten der sonst üblichen telefonischen Erreichbarkeit eines Schulleitungsmitgliedes oder eines/r informierten Kollegen/in verändert werden - so der Vorschlag des slvsh.

Die Vorstandsmitglieder sprachen sich dann noch für sinnvollere Versetzungen von Lehrkräften aus. Laut Ministerium werde man auch weiterhin im Einzelfall nicht verhindern können, daß es zu nicht sofort nachvollziehbaren oder scheinbar sinnlosen Versetzungen komme, da man wegen des Datenschutzes - auch dem Schulleiter oder der Schulleiterin - nicht immer alle für eine Entscheidung relevanten Gründe mitteilen könne.

In diesem Zusammenhang ging es auch um die gerade im Realschulbereich dringend gewünschte Besetzung von freien Stellen durch passende Fachlehrer/innen.

Herr Jacobsen verwies auf den in den nächsten zwei Jahren im Kreis Pinneberg laufenden Modellversuch, bei dem eine begrenzte Anzahl von Schulen „ihre“ freien Stellen selbst ausschreiben kann. Sollte dieses Verfahren den gewünschten und erhofften Erfolg haben, so könne man sich vorstellen, dies auf die übrigen Kreise zu übertragen.

Das Gespräch fand in der gewohnt sachlichen und aufgeschlossenen Atmosphäre statt, die dem in den letzten Jahren ge-

wachsenen gegenseitigen Vertrauen zuzuschreiben ist. Auch wenn es den Anschein hat, daß kaum einschneidende Änderungen zu erwarten sind, so erscheint es uns wichtig festzustellen, daß unsere Gesprächspartner sehr wohl die Ernsthaftigkeit der von uns vorgetragenen Probleme sahen und immer wieder deutlich machten, daß auch ihnen durchaus an Verbesserungen gelegen ist.

FEHLSTUNDENSTATISTIK

- Michael Dopke -

1994 hatte der slvsh gefordert, die September-Statistik zu verbessern und u.a. darauf hingewiesen, daß es unsinnig sei, Fehlstunden anhand einer nicht verbindlichen, flexiblen Stundentafel nachzuweisen: Wenn eine Schule im Rahmen der Selbstverantwortung z.B. für eine Klassenstufe 100 Lehrerstunden zugeteilt bekommen hat, die für 4 Klassen à 25 Kinder einen Unterricht nach Stundentafel von 1980 ermöglicht hätten, stattdessen aber 5 kleine Klassen mit je 20 Kindern und 20 Stunden bildet, kann man dies nicht als Stundenfehl ausweisen!

Der slvsh hatte aber gleichzeitig gefordert, sinnvollere Nachweise an diese Stelle zu setzen. Der Fehlstundenachweis ist weggefallen - übrigens auch in Bereichen, wo es gar keine flexible Stundentafel gibt. Dies hat dazu geführt, daß zumindest im

G/H-Bereich die Schulen angeblich immer zu 100% versorgt sind, da ja nirgends definiert ist, wieviel Unterricht einem Kind zusteht!

Aber leider hat man vergessen, den zweiten Teil der Forderung des slvsh umzusetzen.

Der slvsh erinnert deshalb noch einmal an seine Forderungen von 1994: Wir brauchen über Jahre hinaus verlässliche, planbare Lehrerzuteilungen. Dazu ist es dringend notwendig, sich Gedanken über eine veränderte - den Rahmenbedingungen angepaßte - aber verbindliche Gesamt-Zuweisung an Schulen nachzudenken, die sowohl Fachaspekte, Klassengröße sowie schul- und schulart-spezifische Aspekte berücksichtigt! Der slvsh wird sich in den **workshops** am 24.4.96 im Intermar Bad Segeberg u.a. auch damit beschäftigen.

Wer wirbt das 400. Mitglied des slvsh?

Auf den Werber und das neue Mitglied wartet eine Überraschung!

ERLÄUTERUNGSBEDARF ZUM „TEILZEITERLASS“

Theorie und Praxis

- Angelika Sing -

In der Anlage bringen wir Ihnen ein Schreiben des Ministeriums an alle Schulämter zur Kenntnis, das als Erläuterung zum Erlass zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte vom 24.4.95 gedacht ist. Nachdem zahlreiche Kollegen/innen bereits bei der Schuljahresplanung 95/96 mit großen Problemen, z.B. bei der Besetzung von Klassenlehrerstellen in Klasse 1 und 2 mit Teilzeitkräften, die einen freien Tag verlangen können, zu kämpfen hatten und dies in den Regionalversammlungen als Klage auch deutlich in Worte faßten, wird hier der Schulorganisation und dem geordneten Unterricht endgültig die Krone aufgesetzt. Neben dem ministeriellen Text veröffentlichen wir einen Offenen Brief an die Ministerin.

Daß Teilzeitkräfte im Schuldienst benachteiligt sind, behalten wir dabei sehr wohl im Auge - eigene Erfahrungen liegen reichlich vor! Aber diese Form des Ausgleichs macht nun wohl wirklich pädagogisch wie schulorganisatorisch keinen Sinn! Übrigens haben wir im Verband auch einige wenige Schulleiterinnen mit Teilzeit - die umfaßt lediglich eine Unterrichtsstunden- und natürlich eine Gehaltsreduzierung - die Schulleitungstätigkeit selbst gilt stets als unteilbar!

Die Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport
Postfach 1467 - 24013 Kiel

Die Ministerin für Frauen
Bildung, Weiterbildung und Sport
des Landes
Schleswig-Holstein

An die
Schulämter
- lt. Verteiler -

Ihr Zeichen / vom

Mein Zeichen / vom

Telefon (0431)

Datum

III 140

988-2214

12.01.1996
140sml

Erlass zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte vom 24.04.1995

Aufgrund von Anfragen ist deutlich geworden, daß zum oben genannten Erlass Erläuterungsbedarf besteht.

Die Nachfragen konzentrieren sich darauf, inwieweit Lehrkräfte, die mit bis zu drei Viertel der regelmäßigen Unterrichtsverpflichtung teilzeitbeschäftigt sind, zu Vertretungsunterricht herangezogen werden können. Hierzu gebe ich folgende Hinweise:

Generell können Teilzeitbeschäftigte zu Mehrarbeit und zum Vertretungsunterricht anteilig entsprechend ihrem Stundenumfang

Eine Ausnahme gilt gem. Ziff. 3 des o.a. Erlasses in folgenden Fällen: Fällt Unterricht aus schulorganisatorischen Gründen aus, etwa weil die betreffenden Schülerinnen und Schüler auf Klassen- oder Kursfahrt unterwegs sind, einen Wandertag haben oder an einem Betriebspraktikum teilnehmen, so sind hiervon betroffene, mit bis zu drei Viertel der regelmäßigen Pflichtstundenzahl teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte nicht verpflichtet, währenddessen an Stelle des ausgefallenen Unterrichts Vertretungsunterricht zu leisten. Sie sind ferner nicht verpflichtet, zum Ausgleich für den ausgefallenen Unterricht innerhalb eines Monats nachträglich Vertretungsunterricht zu leisten, wie dies ansonsten gemäß Ziffer 5 der Dienstvereinbarung zur Regelung der Mehrarbeit und des Vertretungsunterrichts in den Schulen vom 12. Mai 1993 möglich wäre.

Im Auftrage



Dr. Franziska Pabst

OFFENER BRIEF

an die Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport

Sehr geehrte Frau Böhrk,

auch im s/vsh ist es unbestritten, daß Teilzeitkräfte wegen der vielen unteilbaren Aufgaben wie Konferenzen, Klassenfahrten, Zeugnissschreiben... als Lehrerinnen (überwiegend sind es Frauen!) benachteiligt sind und nicht ihrer wahren Arbeitszeit entsprechend bezahlt werden. Daß dafür heute mehr Sensibilität und die Bereitschaft zu Rücksichtnahme besteht, ist sicher auch der Öffentlichkeitsarbeit des Frauenministeriums zu verdanken. So waren schon vor „Verbesserung der Rahmenbedingungen für teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte“ überall die anteilige Pausenaufsicht, Rücksichtnahme in der Stundenplangestaltung - gerade bei Müttern kleiner Kinder (Mittagszeit, Kindergartenbeginn...) - oder auch weniger Zusatzaufgaben wie Fachleitung... eine Selbstverständlichkeit. An gro-

ßen Schulen der Sekundarstufe konnte oft für Halbzeitkräfte Klassenleitung vermieden werden, es gab dort sogar freie Tage nach Wunsch...

Nun haben wir also Ihren neuen Erlass - und all die Rücksichten auf Teilzeitkräfte, die bisher in Abwägung von pädagogischen Interessen der Schule und der Kinder einerseits und den persönlichen Interessen der Kollegin andererseits (meist einvernehmlich) gefällt wurden, sind nun als Rechtsanspruch der Teilzeitkräfte festgeschrieben.

Das bedeutet im Streitfall - und nur dafür braucht man ja einen Erlass - daß die persönlichen Ansprüche der Lehrerin, z.B. auf einen freien Wochentag, ausschlaggebend für die Gestaltung des Stundenplans sind, was in der Konsequenz bedeutet, daß eine 1. oder 2. Klasse an einem Wochentag

ohne Klassenlehrerin auskommen muß - eine pädagogisch nicht zu vertretende Situation! Und es gibt viele Grundschulkollegien fast ohne Vollzeitkräfte, so daß auf Teilzeitkräfte als Klassenlehrer nicht verzichtet werden kann.

Welch ein Glück, daß viele Kolleginnen viel zu pädagogisch denken, um solche Ansprüche zu stellen! Sie denken an die Kinder und kommen selbstverständlich jeden Tag zu ihren Schulanfängern. Aber es gibt eben auch andere, für die Ihr Erlaß jetzt Rechtsgrundlage ist. Sieht so Ihre Vorstellung von Schulpädagogik aus?

Doch damit nicht genug: Nun erreichten uns Ihre Erläuterungen zum Erlaß an die Schulämter vom 12.1.96, die Schulleitern nun endgültig den Hut hochgehen läßt! Wieder vorweg zur Klarstellung: Keine Schulleitung mutet den Lehrerinnen und Lehrern unnötig Vertretungsüberstunden zu. Und wer die Wahl zwischen Voll- und Teilzeitkraft hat, wird sich immer um Gerechtigkeit bzw. Ausgleich bemühen.

Nehmen wir ein alltägliches Beispiel: Kollegin A (Teilzeitkraft mit 16 Wochenstunden) ist Fachlehrerin mit 10 Wochenstunden in Klasse X, welche sich mit Klassenlehrer B und Begleiterin C (Vollzeitkräfte) auf Klassenfahrt befindet. Kollegin A als Teilzeitkraft sollte mit der Begleitung nicht belastet werden, so daß für die Zeit der Klassenfahrt mindestens 28 Lehrerstunden fehlen (2x 28 L'std. abzüglich der 28 Std.

der Klasse X). Bei Anwendung Ihres Erlasses hat Kollegin A also während der Dauer der Klassenfahrt 10 Wochenstunden frei, während Kollegen mit 2 Klassen gleichzeitig belastet sind, Überstunden machen müssen oder Klassen tageweise zu Hause bleiben. Welch pädagogischer und schulorganisatorischer Unfug - einige unserer Schüler wird's freuen - ihre Eltern wahrscheinlich weniger.

Es geht nicht darum, daß für Freistunden von Teilzeitkolleginnen unbedingt Vertretungseinsatz gesucht werden soll - aber die Grundversorgung der Schüler muß sichergestellt sein. Wie soll Schule eigentlich sonst noch funktionieren?

Der slvsh fordert hier dringend eine Überprüfung der Anwendungsrichtlinien dieses Teilerlasses und mindestens eine Klausel, daß im Zweifel im Interesse der Kinder und Jugendlichen zu entscheiden ist.

Und um auf den Anfang zurückzukommen: Warum ist nie angedacht worden, die Ungerechtigkeit der Teilzeit dadurch auszugleichen, daß die Teilzeitkraft z.B. für 20,5 Stunden bezahlt wird, aber nur 19 Stunden zu unterrichten hat? Hier wäre Arbeitszeit-Gerechtigkeit nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen worden.

Mit nachdenklichen Grüßen
für den slvsh

Angelika Sing

Wichtiger Hinweis

Der Kollege Friedrich Jeschke bittet noch einmal eindringlich darum, daß alle Anschriften- und Kontoänderungen ihm unverzüglich mitgeteilt werden. Auch die Änderung einer Bankleitzahl ist wichtig. Fehlbuchungen durch solche nicht mitgeteilten Daten kosten DM 7,50 eine für den Verband nicht besonders sinnvolle Geldanlage. Änderungen bitte brieflich oder per Fax an Friedrich Jeschke, Meisenweg 11, 23769 Burg a.Fehmarn, Fax 04371 - 3749

Die Abbuchung des Jahresbeitrags 1996 ist - wie angekündigt - Anfang Februar erfolgt.

Zur Diskussion

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Schleswig-Holstein

**Referat Beamten- und Tarifpolitik
Referat Schule**

An die
Vorsitzenden der Kreise

mit der Bitte um Weiterleitung an betroffene Kolleginnen und Kollegen

18. Januar 1996

Wegfall des Halbjahreszeugnisses in Klasse 1

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zur Zeit häufen sich bei uns in der Landesgeschäftsstelle Meldungen, wonach im Lande sehr unterschiedlich mit der neuen Regelung zum Halbjahr in Klasse 1 verfahren wird. Teilweise wird das weggefallene Halbjahreszeugnis durch ein erneutes umfangreiches schriftliches Verfahren ersetzt.

Das geht offenbar auf eine Anregung des Schulleiterverbandes vom Oktober 1995 zurück, in der ein Vorschlag für ein neues zweiseitiges Protokollformular unterbreitet wurde.
Ein solches Vorgehen ist nicht im Sinne der GEW!

Wie unsinnig aus pädagogischer Sicht dieses Protokollblatt ist, wird daran deutlich, daß schon für das 1. Halbjahr eine detaillierte schriftliche Angabe zu folgenden Bereichen vorgesehen ist: Sozialverhalten/Lern- und Arbeitsverhalten, Lesen- und Schreibenlernen, Mathematik, Musische Fächer, Sport, Besonderheiten.

Die Zeugnisordnung wurde nicht nur aus pädagogischen Gründen verändert, sondern auch, um die Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten. Diese eindeutige Absicht hat zuletzt die Staatssekretärin Gyde Köster am 13.12.1996 auf einer Schulleiterinnen- und Schulleiterdienstversammlung in Kiel bestätigt.

Die GEW hat vehement nicht nur für den Wegfall der Halbjahreszeugnisse in Klasse 1 gekämpft! Bitte, wehrt Euch gegen einen neuen Formalismus!

Im übrigen läuft ein derart formalisiertes Verfahren auch der Änderung der Zeugnisordnung vom 13. Juni 1996 zuwider, in der festgestellt wird, daß aufbauend auf die Beratung in der Klassenkonferenz lediglich zum Elterngespräch einzuladen ist. Bitte informiert unsere Kolleginnen und Kollegen in den Grundschulen und macht deutlich, daß wir einer neuerlichen Mehrbelastung entschieden entgegenzutreten müssen.

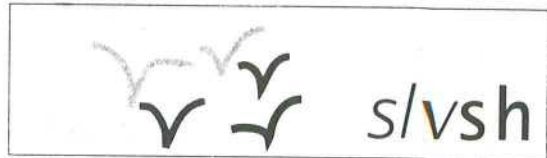
Mit gewerkschaftlichen Grüßen

G. Hanowski-Zabel

H. W. Johannsen

Geschäftsstelle Walter Rossow, Am Sportplatz 8, 23881 Breitenfelde

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Schleswig-Holstein
Referat Beamten- und Tarifpolitik + Schule
Legienstr. 22
24103 Kiel



20. 1. 96

Betr.: Ihr Schreiben vom 18.1.96 an die Vorsitzenden der Kreise
Wegfall der Halbjahreszeugnisse in Klasse 1

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in unserer sl/vsh- information 15/95 haben wir unter der Überschrift „Abschaffung der Halbjahreszeugnisse in Klasse 1 - Vorschlag zur Vereinfachung“ einen Entwurf für ein Protokollformular veröffentlicht. Wer den begleitenden Text gelesen hat, muß auch unsere ausdrückliche Warnung gesehen haben, aus diesem Bogen kein neues Zeugnis zu machen! Schließlich hat der sl/vsh jahrelang intensiv für die Abschaffung dieses Zeugnisses gekämpft!

Dieser Protokollvorschlag, der übrigens nicht nur in unseren eigenen Schulen als solcher gut angenommen wurde, ist weder ein Formalismus noch eine Mehrbelastung! Er dient der Vereinfachung des Verfahrens, denn er ersetzt:

- ein Blatt mit Notizen des Klassenlehrers zum Kind
- Notizen zumindest eines weiteren Fachlehrers der Klasse zum Kind
- ein Protokoll der Klassenkonferenz der 1. Klasse
- und eine Gesprächsnotiz zum Elterngespräch.

Die meist handschriftlich notierten Stichworte zum Kind auf dem Protokollbogen - als gewünschte Hilfe übrigens mit mehreren jetzt betroffenen Erstklassenlehrern/innen v o r der Veröffentlichung abgestimmt - ersetzen also v i e r Schriftstücke.

- Es ist für uns kein Formalismus, sondern pädagogisch notwendig und sinnvoll, wenn sich die Lehrkräfte der Klasse über ihre unterschiedliche Wahrnehmung des Kindes in den verschiedenen Fachbereichen (musisch und Sport ausdrücklich als fakultativ für besondere Fälle gedacht und in der Praxis so genutzt!) miteinander abstimmen - als differenzierte Gesprächsgrundlage des Klassenlehrers. Das geht bei ca. 25 Kindern doch wohl nicht ohne Notizen ab!
- Genauso ist es im Interesse der Lehrkräfte, wenn in Stichworten als möglicher Nachweis festgehalten wird, worüber mit den Eltern gesprochen wurde.
- Laut Schulgesetz ist über jede Klassenkonferenz - also auch über diese - ein Protokoll anzufertigen. Hierbei genügt es nicht, pauschal zu kommentieren, sondern für jedes Kind müssen detaillierte Aussagen gemacht werden.

Durch unseren Formularvorschlag werden diese Bereiche komplett abgedeckt. Es handelt sich also um eine Vereinfachung, die alle pädagogisch sinnvollen und rechtlich notwendigen Aspekte berücksichtigt.

Nach unserer Information haben die betroffenen Kolleginnen und Kollegen, die sich über den gesamten Ablauf Gedanken gemacht haben, diese Hilfe dankbar angenommen und sich die Freiheit genommen, eigenverantwortlich mit dem Vorschlag zu ihrer Entlastung umzugehen.

Sollte die GEW außer ihrer pauschalen Kritik Alternativvorschläge haben, wären wir gerne bereit, sie zu veröffentlichen. Bedauerlicherweise würde dies dann leider erst in einem Jahr von Nutzen sein können. Vielleicht wäre hier eine rechtzeitige Auseinandersetzung mit diesem Thema - z.B. in Form eines Leserbriefes in unserer

s/vsh- information vor Beginn der „Zeugnissaison“ - angebracht gewesen.

Mit freundlichen Grüßen

Walter Rossow Angelika Sing

Zur Diskussion

GEW für Schulleiter auf Zeit

GEW verlangt Änderung in Kanthers Reformgesetz

GEW - Presseinformation
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand

23. Nov. 1995

swl/hei

Bonn - Die GEW tritt dafür ein, daß Leitungsfunktionen an Schulen in Zukunft auf Zeit besetzt werden. Durch Öffnungsklauseln im Bundesrechtsrahmengesetz sowie im Bundesbesoldungsgesetz soll den Ländern hierzu die rechtliche Möglichkeit eingeräumt werden.

Sogleich forderte die GEW Bundesinnenminister Kanther auf, eine entsprechende Ergänzung im vorgelegten Entwurf des Reformgesetzes für den öffentlichen Dienst vorzunehmen. Falls der Bundesinnenminister diesen Schritt jedoch weiterhin ablehne, will die GEW an die Länder appellieren, entsprechende Gesetzesvorschläge über eine Bundesinitiative einzubringen.

Der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder begründete die Forderung seiner Gewerkschaft mit pädagogischen und bildungspolitischen Argumenten. Wörtlich sagte Wunder: „Die GEW unterstützt eine Reform des öffentlichen Dienstes. Sie verlangt aber, daß die Reformansätze aus den jeweiligen Bedingungen in den Einzelbereichen des öffentlichen Dienstes abgeleitet werden. Ein bloßes Überstülpen von Reformkonzepten aus der Verwaltung auf den Schulbereich

bringt Unsinn.“ Was für den Schulbereich sinnvoll sei, müsse von ihm selbst entwickelt werden. Hierzu gehöre auch die zeitlich befristete Besetzung von Leitungsfunktionen in den Schulen.

Dieter Wunder: „Schulleiter auf Zeit zu berufen ist eine sachgerechte Lösung und zwar sowohl im Hinblick auf das Ziel einer lebendigen und pädagogischen Schule, wie im Hinblick auf eine effektive Schulleitung und eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Schulleitern.“

Wunder erinnerte daran, daß in Bremen und in Hamburg, teilweise auch in Niedersachsen, die Vergabe von Schulleitungsfunktionen auf Zeit bereits landesgesetzlich geregelt war, bis das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 3. Juli 1985 die bremische Regelung für nicht vereinbar mit Bundesrecht erklärt hat. Danach wurden dann auch entsprechende Regelungen in Hamburg und Niedersachsen wieder zurückgenommen.

Dies, obwohl die Landesregierungen wie die Beschäftigten und die betroffenen Schulleiter die bis dahin praktizierte Regelung für sinnvoll hielten und sie gerne bei-

behalten hätten. Aus der Sicht der GEW sei es notwendig, im Zusammenhang mit den Bestrebungen zur Reform des öffentlichen Dienstes diese sinnvolle Regelung wieder einzuführen und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, sagte Wunder. „Ich halte es - nicht nur unter gewerkschaftlichen und demokratischen Gesichtspunkten, sondern auch unter Management-Aspekten - für falsch, davon auszugehen, daß der ideale Schulleiter sein Amt beispielsweise 20 oder mehr Jahre ausführen kann.“

Andererseits sei es nicht vernünftig, erst 50jährige oder ältere Pädagogen zur Schulleiterin bzw. zum Schulleiter zu machen. Auch bei einer überalterten Lehrerschaft müßten engagierte junge Kolleginnen und Kollegen die Chance haben, eine Schulleitung zu übernehmen. Dies müsse

dann aber nicht auf Lebenszeit sein. In dem Zusammenhang kündigte Wunder an, daß die GEW auch für die Wahl von Schulleiterinnen und Schulleitern eintreten will.

Zur Begründung ihrer Position hat die GEW ein Gutachten zu den rechtlichen Möglichkeiten der Einführung eines Schulleiters auf Zeit von Prof. Dr. Hans-Peter Füssel (Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen) vorgelegt. Prof. Füssel kommt zu der Schlußfolgerung, daß verfassungsrechtliche Gesichtspunkte eine nötige Änderung der Bundesgesetze nicht ausschließen. Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums stehen Regelungen, die die Vergabe von Leitungsfunktionen auf Zeit erlauben, nicht entgegen.

Einspruch, Herr Wunder - Walter Rossow -

Wieder einmal meldet sich der Vorsitzende der GEW, Dieter Wunder, mit einem der Lieblingsthemen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu Wort. Statt sich getreu dem eigenen Namen wissenschaftlich mit dem Schulleiter auf Zeit auseinanderzusetzen, drischt Wunder weiterhin alte und völlig inhaltslose Phrasen. Es wäre schön zu wissen, warum gerade durch bzw. nur mit einem Schulleiter auf Zeit eine lebendige und pädagogische Schule erreicht werden kann. Im Umkehrschluß bedeutet dieses doch, daß wir momentan nur tote und unpädagogische Schulen haben! Ob sich Herr Wunder eigentlich darüber im klaren ist, wie viele Schulleiterinnen und Schulleiter noch Mitglied in seiner Gewerkschaft sind, und denen er mit solchen Floskeln kräftig gegen das Schienbein tritt?

Doch weiter mit den Wunder'schen Schlagwörtern: Schulleitung auf Zeit bedeutet eine effektive Schulleitung. Dazu wird dann die teilweise bis 1985 geltende Regelung in Hamburg und Bremen (Wahl auf 5 Jahre) angeführt - mit der „logischen“ Schlußfolgerung, daß viele der betroffenen Schulleiter diese Regelung gerne beibehal-

ten hätten. War das wirklich so? Haben sich nicht vielmehr viele der Schulleiterinnen und Schulleiter, die zur Wieder- oder auch Abwahl anstanden, darüber beklagt, daß in den letzten zwei Jahren ihrer Schulleitungstätigkeit eine effektive und damit für die Schule fruchtbare Arbeit gar nicht mehr möglich gewesen sei, da sie im Interesse von kontinuierlicher Weiterentwicklung der Schule nur noch darauf achten mußten, auch ja keine Gruppe bis zur Wahl vor den Kopf zu stoßen. Ja, wenn schon Konsequenz, Herr Wunder, dann aber bitte auch die Möglichkeit der Wiederwahl nicht mehr zulassen!

Wie muß man ein solches Verfahren eigentlich unter ökonomischen Gesichtspunkten beurteilen. Wunder hält es unter Management-Aspekten für falsch, davon auszugehen, daß der ideale Schulleiter sein Amt 20 oder mehr Jahre ausführen kann. Da kann man sich doch nur fragen, woher er sein Wissen hat? Doch nicht etwa aus der Tatsache, in welchen Zeitabständen die GEW ihre Vorsitzenden „auswechselt“? Doch bleiben wir bei dem Begriff Mana-

gement. Welche Firma würde sich heute den Luxus leisten, einen Management-Profi auszubilden, um ihn dann - nach einem Weilchen Arbeit in dem seiner Ausbildung entsprechenden „Job“ - schließlich wieder auszumustern. Eine Antwort hierauf erübrigt sich wohl - aber unser eh schon über-schuldeter Staat soll sich diesen Luxus leisten können! Wo bleiben eigentlich die einer Gewerkschaft doch sonst so typischen Überlegungen für das Gemeinwohl? Oder ist das nur noch Makulatur?

Wer oder was hätte denn wirklich etwas von einem laufenden Wechsel in Schulleitung? Geht es wirklich nur um unqualifizierte Vorgesetzte? Oder grassiert da in den Köpfen einiger überalterter 68-er nicht doch noch immer die Vorstellung, ohne den „Papa“ oder auch „Mama“ macht die Kommune mehr Spaß?

Sicher ist, daß sich jeder in unserem Beruf - Lehrer wie Schulleiter (auch in der weiblichen Form) - ständig der Infragestellung, der sachlichen Kritik, der Selbstkritik oder dem momentanen pädagogischen „Inwort“

- der Evaluation - stellen muß. Des weiteren steht außer Frage, daß es - wie in allen Berufen so auch bei Schulleitern - nach dem Peterprinzip Menschen gibt, die ihre Aufgaben nicht angemessen erfüllen und ihren Posten dann verlassen sollten - übrigens auch völlig unabhängig vom Beamtenstatus!

Richtig progressiv wird der GEW-Chef bei seiner Ankündigung, daß die GEW jetzt auch für die Wahl von Schulleiterinnen und Schulleitern eintreten will! Ob Herr Wunder eigentlich noch die Schlußlichter des Zuges erkennen kann, auf den er hier so gerne aufspringen möchte?

Doch es ist nicht so, daß es bei dem, was der Herr Wunder in diesem Zusammenhang gesagt hat, nun gar nichts gibt, dem man nicht auch zustimmen könnte! Wie sagte er doch so schön: „Ein bloßes Überstülpen von Reformkonzepten aus der Verwaltung auf den Schulbereich bringt Unsinn!“ - Wie wahr, Herr Wunder!

Achtung! Die Schulleitung auf Zeit kommt! Die VSL unterstützt Sie bei Ihren Wahlvorbereitungen!

Die folgende G l o s s e entdeckten wir im VSL - Mitgliederbrief 3/95 - VSL (Vereinigung von Schulleitern an Grund- und Hauptschulen in Baden-Württemberg e.V.) Wir danken dem Verfasser Norbert Schlie (Redakteur des Mitgliederbriefs) für die Genehmigung des Abdrucks. Anscheinend kann man in den „schwarz“ regierten Ländern den bevorstehenden Problemen noch mit herrlichem schwarzen Humor begegnen.

Derzeit zeichnet sich deutlich ab, daß nach der nächsten Landtagswahl die Funktionsstellen in der Schulleitung nur noch auf Zeit und durch Wahlen von der Schulkonferenz vergeben werden. Noch nicht ganz klar ist, ob die Wahlperiode nur vier oder gar acht Jahre dauern wird und ob eine einmalige Wiederwahl möglich sein wird. Trotzdem erreichen die VSL täglich Anfragen von künftigen Mitgliedern auf Zeit, die um Unterstützung bei ihren Wahlvorbereitungen bitten. Diesem Wunsch kommen alle Vorstandsmitglieder natürlich gern nach. Wenn Sie sich also für die Übernahme einer Funktionsstelle innerhalb der Leitung

einer Schule interessieren, dann können Sie auf die Unterstützung der VSL zählen. Wir bieten Ihnen für Ihren Wahlkampf folgende Hilfen an:

- Luftballons mit Ihrem individuellen Aufdruck, die garantiert nur lauwarme Luft enthalten,
- Kugelschreiber mit Ihrem Wahlslogan. Der Aufdruck verschwindet garantiert nach 100 Tagen, so daß Sie bei Ihren Wahlversprechungen keinen Einschränkungen unterliegen.
- Wahlkampf-Feuerzeuge, die sich herrlich zum Zündeln im Kollegium eignen und mit denen man dem vorangehen-

den Amtsinhaber auch gleich mal Feuer unter dem Hintern machen kann.

Außerdem stellen wir Ihnen gerne ausgearbeitete und bewährte Anleitungen für Ihren ersten Wahlkampf zur Verfügung. Mit unseren Empfehlungen für geeignete Rasierwässer und Deosprays überzeugen Sie jede Elternbeiratsvorsitzende von Ihren pädagogischen und sonstigen Qualitäten. Unser Sonderdruck „100 Tricks um Schulleiter/in zu werden“ enthält alles, um mit gezielten Mobbing- und Rufmordkampagnen sämtliche Mitbewerber in kürzester Zeit unschädlich zu machen. Sollten

Sie ausnahmsweise mit unseren Materialien nicht gleich erfolgreich sein, brauchen Sie nicht zu resignieren. Unsere Wahlkampfhilfen sind so vielseitig einsetzbar, daß Sie sich sofort um eine andere Kandidatur bemühen können. Vielleicht bemerken Sie bald, daß Sie als einstimmig gewählte/r Faschingsprinz/essin viel glücklicher sind als ein/e Leiter/in einer Schule auf Zeit! Alles klar?

Fordern Sie unsere
Wahlhilfebroschüre an,
bevor es Ihre Mitbewerber tun!

ACHT GRÜNDE FÜR AUTONOMIE

Schulleiter vor professionellen Herausforderungen

- Prof. Rudolf Krüger -

... Die Schule sollte eine weitgehende pädagogische Autonomie und allgemeine Selbstständigkeit erhalten...Das Gefühl, wieder Herr im eigenen Haus zu sein und das Wesentliche tun zu können, würde die Arbeitsfreude steigern... Adolf Reichwein 1942 (1)

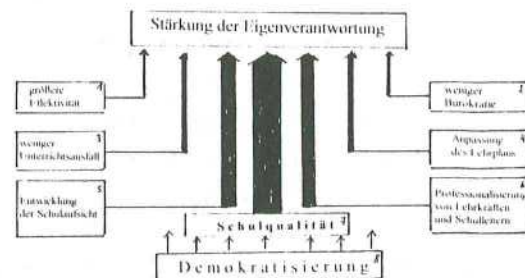
In diesem Beitrag will ich erstens acht Gründe für Schulautonomie und zweitens die Schlußfolgerung herausarbeiten, daß jeder dieser Gründe dafür sorgt, das Berufsbild des Schulleiters in Richtung auf mehr Professionalität weiterzuentwickeln. Oder einfacher: wer A sagt, muß auch B sagen.

Das vorangestellte Reichwein-Zitat macht darauf aufmerksam, daß man historisch zu kurz greift, wenn man die Anfänge der heutigen Autonomiediskussion beim Deutschen Bildungsrat (1973) sucht (2). Als Mitglied der Widerstandsbewegung hat Adolf Reichwein schon 1942 in Entwürfe zur demokratischen Nachkriegsschule hineingeschrieben, was heute aktuell ist.

Bei Kritikern einer verstärkten Eigenverantwortung von Schule (für die sich der ungenaue, aber handlichere Begriff Autonomie durchgesetzt hat), kann man unter anderem hören, die Sache sei doch wohl erfunden, um Geld zu sparen. In der Tat scheint das Geld ein wichtiger Auslösefaktor zu sein. Wird dabei zu leicht übersehen, daß es andere, gewichtigere Gründe gibt?

Nehmen auch die Befürworter die anderen

Gründe ernst genug, die dafür sprechen, daß Schulautonomie schulhistorisch fällig ist?



Prof. Dr. Manfred Krüger, Schulleiter

Abb. 1 stellt ein Motivbündel für Schulautonomie dar. Die Analyse geht ohne Anspruch auf Vollständigkeit übers Aufzählen hinaus, indem sie, mit schulpädagogischem Interesse, durchaus subjektiv wiegt und wertet. Gehen wir die acht Punkte einmal durch. Die ersten drei haben mit der berühmten normativen Kraft des Faktischen, also mit Schule morgen früh, am meisten zu tun. Die Motive 4 bis 6 sind schon von schwererem Kaliber. Aber wenn die Motive 7 und 8 nicht den höchsten Stellenwert erhalten, dann ist - für mich - die ganze Autonomie für die Katz.

1 Aus wenig mehr machen ...

Die Annahme, daß finanzielle Ressourcen vor Ort effektiver und sparsamer verwendet werden können als weiter weg, spricht für finanzielle Autonomie mit mehr Budgetrechten der Einzelschule. Wen überraschen eigentlich erste Erfahrungen, die zeigen, daß die Annahme begründet ist? Mich freut's jedenfalls, daß Verfügbarkeit über Finanzen, die dem Schulleiter (immer auch: der Schulleiterin) als Manager allerdings Mehrarbeit aufbürdet, z.B. auch begrüßenswerte pädagogische Auswirkungen hat, etwa wenn Geld für Schulreinigung in Lehrkapazität gesteckt werden kann, weil Schülerinnen und Schüler selbst den Besen in die Hand nehmen.

2 Krieg dem Papierkrieg ...

Bemühungen um weniger Bürokratie gehen davon aus, daß Bürokratie oben abgebaut wird. Es bleibt aber abzuwarten, wieviel Bürokratie im Rahmen organisatorischer Autonomie unten wieder angebaut wird - Schulleitung und Sekretärin bekommen es zu spüren.

3 Weniger Unterricht ausfallen lassen ...

Dem Ausfall von Personal begegnet man am besten dort, wo er entsteht; auch Improvisieren gelingt bei personeller Autonomie besser. Aber: Die Schulleitung bekommt mehr zu tun.

4 Maßnahmen dort, wo gehandelt wird ..

Kein allgemeiner Rahmenlehrplan kann die Bedingungen der Einzelschule genau genug treffen. Die Anpassung des allgemeinen Lehrplans an spezifische Schulprobleme wird im Stillen schon immer vorgenommen; da mag es auch ruhig im Lauten geschehen. Mit dieser Anpassung, einer ersten Stufe pädagogischer Autonomie, kann die einzelne Lehrkraft nicht alleingelassen werden, weil sie eine Sache der ganzen Schule ist. Die Konsequenz sind Konferenzen und ein Schulleiter, der moderiert und Initiativen entwickelt.

5 „Schul-Rat, bitte kommen ...!“

Bei größerer Selbständigkeit der einzelnen Schule haben Schulkonferenzen (Schulräte mitgemeint) weniger mit Aufsicht über Lehrkräfte Peters (Lehrer mitgemeint) als mit Beratung der Schule Seebach zu tun. Adolf Reichwein hoffte schon 1942, durch Autonomie würde auch die Schulverwaltung „ganz we-

sentlich entlastet und dadurch frei werden für die eigentlichen, ... pädagogisch beratenden Aufgaben“ (1). Der Spruch: „Gehe nicht zu deinem Fürsicht, wenn du nicht gerufen wüßst!“ kehrt sich dann um zum Spruch: „Schul-Rat, bitte kommen!“ und die Schulkonferenz hängt sich dann über ihren Schreibtisch den Spruch: „Gehe zur Schule, wenn du gerufen wirst!“ Im Zuge der externen Konzeptüberprüfung gibt es gleichwohl für die Schulkonferenz noch zu kontrollieren genug, aber für den Schulleiter ergeben sich hinsichtlich der schulinternen Qualitätskontrolle neue, noch längst nicht ausreichend durchbuchstabierte Aufgaben.

6 Keine Professionalität ohne Eigenverantwortung

Die Professionalisierung des Schulleiterberufs ist der des Lehrerberufs nachgefolgt und noch lange nicht am Ziel. Was die Lehrkräfte betrifft, so sollten wissenschaftliche Qualifizierung und persönliches Berufsethos sie mittlerweile befähigt haben, aus der Vormundschaft obrigkeitlicher Schulaufsicht in eine Freiheit entlassen zu werden, die sich in den verantwortlichen Dienst an der jeweiligen Handlungseinheit Schule kooperativ eingeordnet weiß.

Schulleiterfortbildung, -handbücher, -zeitschriften, -verbände sind dabei, ein Berufsbild des Profi-Schulleiters zu entwickeln, das mit dem des Nebenbeischulleiters, der sich als Lehrer im Klassenzimmer immer noch am wohlsten fühlt(e), nicht mehr viel zu tun haben kann. Ein Schulleiter, der Managementaufgaben akzeptiert, sich aber auch um Rahmen einer entwickelten pädagogischen Autonomie vor kollegialer, pädagogischer Führung nicht scheut und deshalb, zum Beispiel, öfter statt ins eigene in andere Klassenzimmer gehört - ein solcher Schulleiter kann ohne hinreichende Selbständigkeit nicht leben. Deshalb ist es auch kein Wunder, daß Schulleiterverbände die Sache Autonomie engagiert aufgegriffen haben, womöglich manchem Mitglied weit voraus. Einen solchen Schulleiter aber angesichts der mit Schulautonomie verbundenen Konsequenzen zu mehr als sagen wir 12 (bei kleinen Schulen) oder mehr als 6 (bei größeren Schulen) Unterrichtsstunden zu verpflichten mag Geld sparen, der Sache dient es nicht.

7 Schulautonomie wegen Schulqualität

Nachdem man herausgefunden hat, daß man die „gute“ Schule nur am einzelnen Schulort finden kann und nicht pauschal in horizontal oder vertikal gegliederten, größeren, kleineren, älteren, neueren usw. Schulen, ergibt sich die Notwendigkeit, der einzelnen Schule im Bemühen um ihre Qualität mehr Spielraum zu geben. Wenn dieses Motiv für verstärkte Eigenverantwortung, für das Herzstück der pädagogischen Autonomie, vergessen wird, kann man, wie gesagt, die ganze Autonomie auch gleich vergessen. Konsequenz ist auf mittlere Sicht eine erweiterte personelle Autonomie und gleich morgen früh der Beginn der Arbeit am Schulkonzept.

Aus dem zwischen Lehrplan und Lehrerhandeln angesiedelten Schulkonzept entwickelt sich das Schulprofil in anstrengender, konfliktreicher, zeitraubender Zusammenarbeit zwischen Kollegium und Schulleitung in regelmäßigen pädagogischen Konferenzen und Teambesprechungen von Profis, die ihre Professionalität u.a. auch durch das Bewußtsein beweisen, daß die pädagogische Freiheit des Einzelnen Kollegium und Schulleitung nicht daran hindern darf, an einem Strang zu ziehen, und daß Qualität ohne Selbst- und Fremdkontrolle nicht zu haben ist (3).

8 Demokratie = verantwortete Freiheit

Als Veranstaltung des Obrigkeitsstaates hat die Schule bei uns eine lange Tradition. Als öffentliche Einrichtung der Demokratie hat sie Nachholbedarf. Schulautonomie kann helfen, ihn zu befriedigen. Was an Ort und Stelle erledigt werden kann, muß nicht weiter oben erledigt werden. Wer die Schülerinnen und Schüler zur freiheitlichen Demokratie erziehen soll, muß selber freiheitlich demokratisch verantwortlich handeln können. Es ließen sich noch einige Sätze mehr für dieses Basismotiv für Schulautonomie anführen. Für den Schulleiter ergibt sich aus ihm eine weitreichende Perspektive: nach innen vor allem eine verstärkte Beteiligung des Kollegiums, der

Schülerinnen und Schüler und nicht zuletzt der Eltern an schulischen Angelegenheiten und Entscheidungen. Durch Schulautonomie wird der Schulleiter nicht zum Hilfs-Schulrat, aber zu einer durchaus demokratischen Führungs- und Kontrollinstanz, wird er auch nicht zu einem konstitutionellen Monarchen, der nur repräsentiert, sondern zum Primus inter pares, der, wenn nötig, dem Einzelnen auch sagt, wo es gemeinsam lang geht. Nach außen gibt sich eine entschiedene Öffnung zum Umfeld und eine ungleich größere als gewohnte Transparenz der Arbeit.

... dann lieber weniger Schule ?

Soweit die Analyse. Man sieht, die Sache Autonomie wird anstrengend wie jede Freiheit. Die für den Schulleiter dazu nötigen Ressourcen (in alphabetischer Reihenfolge: Aus- und Fortbildung, Engagement, Geld, Zeit) will ich in keine Rangfolge bringen und auch nicht untersuchen, wieweit sie gegenseitig austauschbar sind. Ich will sie mir als gleich wichtig vorstellen und auch daran denken, daß Reformen im Schulwesen eher in Not- als in satten Zeiten gelangen, man nehme nur 1810 und 1920.

Aber auf die Zeit als Rahmenbedingung kann gar nicht oft genug hingewiesen werden. Neben den anderen aufgeführten Motiven führt besonders die Suche nach Schulqualität zu einer Zunahme pädagogischer Konferenzen, von Teambesprechungen und schulinterner Fortbildung. Wenn Geldmangel aber die Stunde regiert und Prioritäten nicht verändert werden, wenn erhöhter Zeitbedarf nicht berücksichtigt werden kann, wenn voraus- und eingesetztes Engagement (Reichwein sprach - s.o. - von „Einsatzfreude“) an Grenzen stößt - sollte man dann nicht auch in Sachen Autonomie lieber auf Hentig hören (4), wäre dann nicht auch „weniger Schule“, ein „Notprogramm“ mit weniger Unterricht, aber mehr Autonomie besser als eine Schule mit größeren Klassen, ausgebrannten Lehrkräften und an Schuleiten gehinderten Schulleitern ?

(1) Amlung, R.: Adolf Reichwein / Frankfurt am Main 1991, Bd. 2, S. 473

(2) Deutscher Bildungsrat: Verstärkte Selbständigkeit der Schule und Partizipation der Lehrer, Schüler und Eltern / Bonn 1973

(3) Krüger, R.: Wie frei ist die Lehrerin ? / in schulmanagement 5/95, S. 26-30

(4) Hentig, H.v.: Die Schule neu denken / München/Wien 1993, S. 237

FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN

Übersicht über das Fortbildungsangebot des slvsh für 1996

(nur folgende Seminare sind noch offen)

Anbieter/ Partner	Referent	Thema	Zeit	Melde- schluß
slvsh ¹	E. Zitscher	Schulverwaltung mit dem PC (S 6)	b) 7. Mai c) 3. September d) 17. September	3 Wochen vor Beginn
	Elke Wagner/ B.-D. Hönicke	Supervision für Schulleiterinnen und Schulleiter (S 4)	nach Ab- sprache	
	Angelika Malek	PC - Kurs für Schulsekretärinnen und SL/in: WinWord 6.0 für Einsteiger und Fortge- schrittene (S 5)	Absprache nach An- meldung) s.u.	
IPTS ²	Axel Olm	Informelle und formale Informati- onsstrukturen an Schulen (S 3)	23. Mai	22.4.
	Dr. Claus No- wak	Grundlagen der Team- und Persona- lentwicklung im Kollegium (S 7)	4. - 6. De- zember	4.11.
	Birgit Mett / Thomas Oertel	Moderation nach der Metaplanmetho- de (S 8)	noch ohne Termin	
Tannen- felde		gesonderte Ausschreibungen folgen		
IHK		1. Kommunikation 2. Führen und Kommunikation Vorträge zu ausgewählten Themen	noch ohne Termin	
HEA ¹	Dr. Volker Matthée	• Exkursion nach Straßburg / EU (S 10)	16. - 20. September	12.8.

Veranstaltungen mit fehlenden Angaben bedürfen noch weiterer Absprachen mit Referenten oder Partnern. - Inhalte der einzelnen Seminare wurden in unserer slvsh- information 16/95 beschrieben.

*) Telefon 04348-91 29 22 / Telefax 04348-91 29 20
(falscher Abdruck in der slvsh- information 16/95 !)

¹ Anmeldungen schriftlich an Holger Arpe, Mühlenberg 11c, 24217 Schönberg
² Anmeldungen mit der weißen Karte an das IPTS

FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN

Seminar S 10

Die politische Neuordnung Europas

Exkursion nach Luxemburg und Straßburg vom 16. - 20. September 1996 in Zusammenarbeit mit der Hermann-Ehlers-Akademie Kiel.

Montag, d. 16. September 1996

- Fahrt nach Luxemburg
- Abendlicher Altstadtbummel

Dienstag, d. 17. September 1996

- Informationsbesuch bei der EU-Kommission: „Wie wird die Wirtschafts- und Währungsunion aussehen?“
- Informationsgespräche beim Europäischen Gerichtshof und Europäischen Rechnungshof (angefragt)
- Fahrt nach Offenburg („Tor zum Schwarzwald“) / in Straßburg ist wegen der Sitzungswoche des EP kein Quartier zu bekommen

Mittwoch, d. 18. September 1996

- Informationsgespräch beim Europaparlament in Straßburg, Besuch einer Parlamentssitzung (angefragt)
- Stadtrundfahrt Straßburg mit Führung durch das Straßburger Münster

Donnerstag, d. 19. September 1996

- Gespräch mit MdEP Reimer Böge
- „Schule in einer europäischen Grenzregion“ (Besuch einer Schule im Elsaß, Gespräche mit Lehrkräften)

Freitag, d. 20. September 1996

- „Die europäische Einigung im Spiegel der deutschen Rechtsprechung“ - Informationsbesuch beim Bundesverfassungsgericht Karlsruhe
- Rückfahrt nach Schleswig-Holstein

Teilnehmer: 20 -25

Exkursionsleitung: Dr. Volker Matthée, Hermann-Ehlers-Akademie

Kosten: 440,-- DM (Übernachtung im Einzelzimmer/Frühstück, Busfahrten, geistige Nahrung)
500,-- DM für Nichtmitglieder

Die Exkursion beginnt mit der Abreise ab Kiel, Hermann-Ehlers-Akademie am Montag, d. 16. September 1996 um 8.00 Uhr. Mit der Rückkehr ist am Freitag, d. 20. September 1996 am späten Abend zu rechnen.

OKI

UKI

Organisationsklima an Schulen

Richard Bessoth

Buch

1989, 234 Seiten, kartoniert,
DM 39,-/öS 289,-/sFR 39,-
ISBN 3-472-54052-4

Die Darstellungen erlauben es den Benutzern, Organisationsklima-Erhebungen durchzuführen, auszuwerten und zu analysieren. Auf diese Weise gewinnen Sie wertvolle Anregungen zur Klimaverbesserung an Ihrer Schule.

Diskettenprogramm

Computerprogramm mit Arbeitsanweisungen und 2 Formularsätzen
Diskette (MS-DOS) 3,5 Zoll
DM 138,-/öS 1.021,-/sFR 138,-
ISBN 3-472-00553-X

Kombipack

Buch und Diskette
DM 168,-/öS 1243,-/sFR 168,-
ISBN 3-472-02488-7

Verbesserung des Unterrichtsklimas

Richard Bessoth

Buch

1989, 230 Seiten, kartoniert,
DM 29,-/öS 215,-/sFR 29,-
ISBN 3-472-54051-6

Dieser Band bietet eine Übersicht über die wissenschaftlichen Grundlagen sowie die praxisorientierte Problematisierung des »Unterrichtsklimas«. Zahlreiche Beispiele machen das Werk zu einer konkreten Praxishilfe für den Unterricht.

Diskettenprogramm

Verbesserung des Unterrichtsklimas – Computerprogramm mit Arbeitsanweisungen und 2 Formularsätzen
Diskette (MS-DOS) 3,5 Zoll
DM 138,-/öS 1021,-/sFR 138,-
ISBN 3-472-00556-4

Kombipack

Buch und Diskette
DM 153,-/öS 1132,-/sFR 153,-
ISBN 3-472-02487-9



**Luchterhand
Verlag**
Postfach 2352
56513 Neuwied

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag.



Über 60 Jahre OSCHMI

Bereits 1935 wurden unter dem guten Namen OSCHMI Gebrauchsmöbel für Schule und Beruf ausgeliefert.

Als einer der ersten Hersteller in Deutschland nahmen wir die heute weltweit führenden Emaille-Stahlbleche für Schreibflächen von Schul- und Planungstafeln in die Fertigung. Die rasante Entwicklung der Unterrichts- und Präsentationsmethoden fordert eine ständige Weiterentwicklung unserer Produkte.

Wir stellen uns dieser Aufgabe. Unsere Konstrukteure passen unsere Tafeln, Projektionsflächen und Spezialmöbel laufend den aktuellen technischen Erfordernissen an. In Sachen Verarbeitung und Haltbarkeit gehen unsere Tafeln und Spezialmöbel weit über die gesetzlichen Garantiezeiten hinaus. Ein Beweis für solide Qualität und ausgereifte Technik.

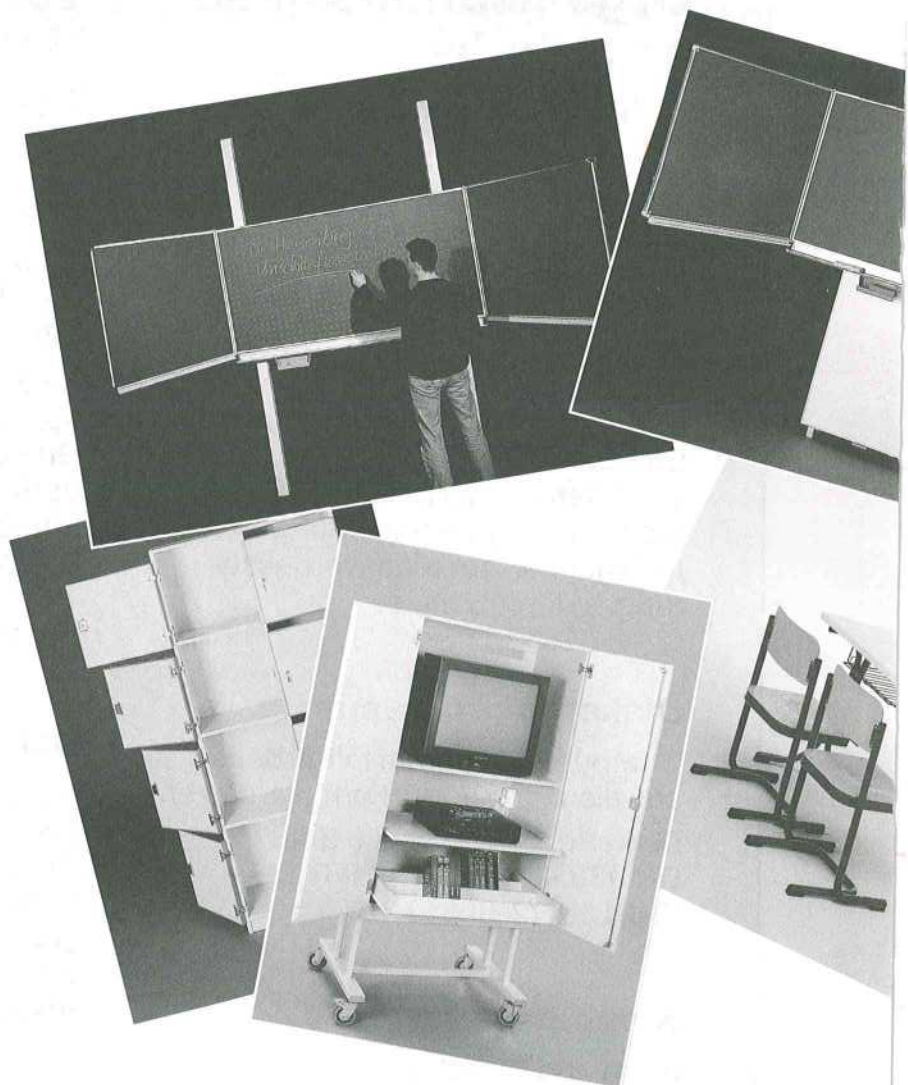
Qualifiziertes Personal, leistungsfähige Produktionsanlagen und der Wille zur Herstellung von Qualitätserzeugnissen wird auch weiterhin unsere selbstgestellte Aufgabe sein.

Die Nähe zu unseren Kunden, deren Bedürfnissen gerecht zu werden, ist ein wesentlicher Faktor dieses Selbstverständnisses.

Wir machen fast alles möglich. Sonderanfertigungen gehören zu unseren täglichen Aufgaben, und dies stets zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Unser Team steht Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Qualität au



Ihr Fachhandelspartner:

Brettschneider-Lehrmittel

Von-dem-Hagen-Weg 46

24536 Neumünster

Tel. (0 43 21) 3 88 87 · Fax (0 43 21) 3 87 70



Norddeutschland

- Pylonentafeln
- Weißwandtafeln
- Wandtafeln
- Lineaturen
- Mobile Tafeln
- Schultische/ -stühle
- Sitzbänke
- Schulschränke
- Geräteschränke
- Medienarchive
- Computertische

und Vieles mehr.

Fordern Sie unseren aktuellen Katalog an!
Einfach anrufen unter:
(0 43 21) 3 88 87



**ALLES
WIRD
TEURER!**

WIR NICHT!

Hausratversicherung:

Seit 9 Jahren

DM 1,30 pro Tsd.

Versicherungssumme inkl. Versicherungssteuer

LFV LEHRER-FEUERVERSICHERUNGSVEREIN
für Schleswig-Holstein und Hamburg

seit 1815

LEHRER-FEUERVERSICHERUNGSVEREIN - Bielenbergstraße 30 - 24143 Kiel - Tel.+ Fax: (0431) 73 23 44

ANHÖRUNGEN

Stellungnahme des slvsh

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamten-, des Landesrichter-, des Schul- und des Hochschulgesetzes.

- Olaf Peters -

Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (slvsh) begrüßt die Verbesserung der Vorschriften über die Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung für Beamtinnen und Beamte. Auch die Verbesserung des bestehenden Ausgleichs beruflicher Verzögerung aufgrund einer Kinderbetreuung und die Ausdehnung auf vergleichbare Sachverhalte wird vom slvsh unterstützt.

Der slvsh lehnt den Entfall des im Art. 33 Abs. 4 Grundgesetz geregelten sog. Funktionsvorbehaltes ab.

Er stimmt deshalb auch der Streichung des § 5 Abs. 2 Landesbeamtengesetz nicht zu!

Begründung:

Der Staat trägt eine umfassende Verantwortung für die Schule. Dies kommt auch im Verfassungsrecht deutlich zum Ausdruck, denn nach Art. 7 Abs. 1 GG steht das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates. Diese „Schulaufsicht“ beinhaltet ein umfassendes Bestimmungsrecht des Staates über die Schule, das sich nicht in einer Rechtskontrolle erschöpft. Das Bundesverfassungsgericht hat den Begriff zwar nicht abschließend bestimmt, jedoch hierzu folgendes ausgeführt: „Zur Schulaufsicht im Sinne des Art. 7 Absatz 1 GG gehört jedenfalls die Befugnis des Staates zur zentralen Ordnung und Organisation des Schulwesens mit dem Ziel, ein Schulsystem zu gewährleisten, das allen jungen Bürgern gemäß ihren Fähigkeiten die dem heutigen gesellschaftlichen Leben entsprechenden Bildungsmöglichkeiten eröffnet. Dem Staat steht die Schulplanung und die Möglichkeit der Einwirkung auf Errichtung, Änderung und Aufhebung der einzelnen öffentlichen Schule zu“ (BVerfG E 26, S. 228 ff).

Ein Teil dieser Schulaufsicht ist das Dienstaufsichtsrecht über die Lehrkräfte. Die so vom Staat für das Schulwesen sogar verfas-

sungsrechtlich übernommene Verantwortung einerseits und die in unserem Schulgesetz geregelte Schulpflicht andererseits beinhalten zugleich auch eine staatliche Verpflichtung zur Bereitstellung und Bereithaltung eines optimalen Lehrangebotes. Dazu gehört nach Meinung des slvsh zwangsläufig, mit allen Mitteln für einen reibungslosen Unterrichtsbetrieb zu sorgen. Es unterliegt nach unserer Überzeugung und der der Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterverbände Deutschlands (ASD) - Verband deutscher Schulleitungen e.V. - keinem Zweifel, daß dies am ehesten mit Lehrkräften, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis (Beamtenverhältnis) stehen, gewährleistet ist. Dafür steht das zu den hervorgebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums gehörige Streikverbot für Beamtinnen und Beamte.

Aus der Sicht des slvsh wäre es zumindest widersinnig, wenn der Staat einerseits die Schulpflicht regelt, es aber andererseits zulassen müsse, Unterricht infolge eines Arbeitskampfes ausfallen zu lassen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die staatspolitische Bedeutung eines Lehramtes in seinem Urteil vom 6.2.1976 (BVerwG 47, S. 330 ff) beschrieben: „Diese Lehrtätigkeit umfaßt ... Aufgaben von großer staatspolitischer Bedeutung, weil die Schule in hervorragendem Maße den heranwachsenden Staatsbürgern entsprechend ihrem Alter, ihrem Verständnis und ihrer Reife die Werte der Staatsordnung bewußt zu machen hat, und weil diese Verpflichtung dem einzelnen Lehrer als ein den gesamten Unterricht durchwirkendes Unterrichtsprinzip aufgetragen und Bestandteil seiner dienstlichen Unterrichts- und Erziehungsaufgabe ist ...“.

Diese Begründung hebt die besondere Verpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer zur Verfassungstreue hervor, sie ihrerseits

ist wieder Ausdruck der dienstrechtlichen Beamtenstellung. Das Bundesverwaltungsgericht ist dabei zu Recht davon ausgegangen, daß Lehrerinnen und Lehrer in ihrer täglichen Lehrtätigkeit in der Klasse weitgehend selbständig und in aller Regel unbeaufsichtigt sind und von daher der typisch beamtenrechtlichen Verpflichtung zu gesteigerter und aktiver Verfassungstreue sogar im Vorbereitungsdienst unterliegen müssen. Das Lehramt wird somit der „Staatstätigkeit“ zugeordnet. Daraus folgt zwingend, daß derartige Aufgaben grundsätzlich von Beamtinnen und Beamten zu erfüllen sind, denn dies ist der Sinn des Funktionsvorbehalts des Art. 33, Abs. 4 GG (Maunz-Düring-Herzog, Art. 33 Rdnr. 32 ff). Folgerichtig bestimmt § 5 Abs. 1 Landesbeamtengesetz, daß die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse als ständige Aufgabe in der Regel Beamtinnen und Beamten zu übertragen ist und daß zu den hoheitsrechtlichen Befugnissen u.a. die

Lehrtätigkeit an öffentlichen Schulen gehört. „In der Regel“ bedeutet, daß in Ausnahmefällen Abweichungen zulässig sind. Ausschlaggebend ist dabei, daß das Regel-Ausnahme-Verhältnis zugunsten der Beamten gewahrt bleibt und daß für die Ausnahme ein sachlicher Grund gegeben ist (Maunz-Düring-Herzog, Art. 33 Rdnr. 42). Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (slvsh) vertritt die Auffassung, daß angesichts der großen Bedeutung der Lehrtätigkeit für Staat und Gesellschaft diese Tätigkeit grundsätzlich von Personen ausgeübt werden sollte, die besonders eng an den Staat gebunden sind. Dies können nur Beamtinnen und Beamte sein! Die Zuordnung der Lehrtätigkeit an öffentlichen Schulen zum Begriff der „hoheitlichen Befugnisse“ und damit zur „Staatstätigkeit“ hat sich nach Meinung des slvsh bewährt und sollte beibehalten bleiben.

Mit tiefer Bestürzung erfuhren wir aus der Presse vom Tod

der saarländischen Hauptschule

Mit den dortigen Kollegen trauern wir um eine engagierte und verkaante Schulform, die von Politikern und Eltern mangels Kenntniss als Stiefkind der Nation behandelt wurde.

Wir hoffen von ganzem Herzen, daß dieser tödliche Virus durch ausreichende Quarantäne an seiner Verbreitung in den Nachbarländern gehindert wird.

*In tiefer Trauer
slvsh*

VERTRETUNGSBELASTUNG VON SCHULLEITUNG

Treffen sich zwei Schulleiter: „Na wie geht's?“ - „Danke, 3 Kollegen sind länger krank!“

Das kennen Sie alle. Da der Schreibtisch auch nachmittags beackert werden kann und Kinder weniger geduldig sind als Papier, sehen Schulleiter/innen und deren Stellvertreter/innen ihre Büros in Grippezeiten seltener - wozu sind denn Verwaltungsstunden sonst auch da? Der eine oder andere Kollege erklärt zwar souverän „ich nicht mehr“, aber fragen Sie mal nach in seiner Schule, das stimmt selten. Wir möchten es jetzt ganz genau wissen - schließlich lieben wir alle Statistiken!! Um dem Ministerium mal vorrechnen zu können, wie viele Lehrerstellen es durch die Mehrarbeit von Schulleitungsmitgliedern - also Schulleitern/innen und Stellvertretern/innen - einspart, bitten wir Sie alle um möglichst vollständige Beantwortung der folgenden Fragen - auch wenn es etwas Arbeit macht! Bitte senden Sie eine Kopie der Seite bis zu den Osterferien an unsere Geschäftsstelle. Die Daten sind anonym! Die Auswertung finden Sie im nächsten Heft.

Vielen Dank!

Schulform: ☐ GS ☐ HS ☐ GHS ☐ RS ☐ RS/HS ☐ RS/GS ☐ GYM ☐ GS
bitte ankreuzen

Schulgröße: Anzahl der Schüler _____ Anzahl der Klassen _____

Anzahl der Lehrkräfte _____ Anzahl der Planstellen _____

Unterrichtsverpflichtung für Schulleitung: Schulleiter/in _____ Wochenstd.

Stellvertreter/in _____ Wochenstd.

Erteilter Vertretungsunterricht ohne Ausgleich durch Unterrichtsausfall

Wochen Herbst-Weihn.	Vertrg. Schulleiter/in	Vertrg. Stellvertreter/in
23.10. - 28.10.95		
30.10. - 4. 1.95		
6.11. - 11.1.95		
13.11. - 18.1.95		
20.11. - 25.11.95		
27.11. - 2.12.95		
4.12. - 9.12.95		
11.12. - 16.12.95		
18.12. - 21.12.95		

Belastung mit 2 Klassen können als Do-Std ebenfalls eingetragen werden

Bemerkung _____

bitte bis 31.3.96 einsenden oder faxen an
Fax 04542/836601

s/vsh - Geschäftsstelle Walter Rossow
Am Sportplatz 8 - 23881 Breitenfelde

REISEN

Auf Bitten unseres Kollegen Hans Peter Feddersen von der Hauptschule Leck möchten wir auf vier interessante Reisen des Kollegen verweisen, die über die Abendvolkshochschule Leck 1996 angeboten werden:

1. Berlin A	3.5. - 5.5.96	DM 370,--
2. Prag/Budapest	22.6. - 2.7.96	DM 1578,--
3. Berlin B	2.12. - 7.12.96	DM 290,--
4. bereits ausgebucht: Masuren/Königsberg 3.10.-12.10.96 wird wohl 1997 wiederholt!		

1. Berlin A:

Busfahrt, Stadtrundfahrt mit Bau und Umbau des Reichstags und des neuen Regierungsviertels, Fahrt nach Potsdam mit Cäcilienhof, Sanssouci, Alexandrowka,
2 Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel „President“ mit Frühstücksbuffet.

2. Prag/Budapest/Österreich/Waldviertel:

Eine Spurensuche in den Ländern, die auf dem Weg zur Deutschen Einheit 1989 eine Schlüsselrolle gespielt haben:

Busfahrt, Übernachtung in Prag - Hotel „Slavia“, Stadtführung mit Prager Burg und Botschaft, Budapest Übernachtung im Hotel „Volga“, Stadtführung mit Parlament, Fahrt nach Kecske-mets/Puszt. Übernachtung im Waldviertel Hotel „Schweighofer“, Führung durch Brauerei, Glasschleiferei, Schmalspurbahnfahrt nach Groß Gerungs, Fahrt nach Böhmen, Besichtigung Schloß Hluboka, Budweis, Schwarzenberggruft, Zwischenübernachtung in Deutschland, Heimfahrt

3. Berlin B:

Vermittlung der Probleme, Kosten und Chancen einer zusammenwachsenden Hauptstadt (Anerkennung als Bildungsreise):

Busfahrt, Übernachtung im Jugendgästehaus, Stadtrundfahrt und Besichtigungen von Gesamtberlin, Potsdam, Gauck-Behörde, Reichstag, Regierungsviertel, Medienlandschaft, Karlshorst u.v.m.

Veranstalter: Hans-Peter Feddersen, Mühlenfenne 10, 25917 Leck, Tel. 04662/2656
Hauptschule Leck, Tel. 04662/4811 Fax 04662/1057

Anmeldung: mind. 6 Wochen vor Reisebeginn mit Anzahlung von DM 100,-
Raiffeisenbank Süderlügum, BLZ 217 635 42, Kto.-Nr. 36180779

Genauere Angaben zu den Reisen und den Buchungsbedingungen sind beim Veranstalter zu erfragen.

ZUR AUFMUNTERUNG IHRES KOLLEGIUMS

Traumberuf Lehrer !

*Ihre Chance : Wollen Sie sich einen langgehegten Traum
verwirklichen ? Dann kommen Sie zu uns !*

Das wird von Ihnen erwartet :

- Nerven wie Drahtseile
- Unterrichtsshows - besser als jedes Fernsehprogramm
- Qualifizierter Unterricht auch in Keller- und Abstellräumen
- Sportliche Kondition, um auch als 60jähriger noch mit der Klasse Schlittschuhlaufen gehen zu können
- Korrekturmarathon
- Grundkenntnisse als Sozialarbeiter, Seelsorger, animateur, Schiedsrichter, Sanitärer, Verwaltungsbeamter, Finanzberater, EDV-Anwender, ...
- Eigenkapital für die Schule (Klassenfahrten müssen mitfinanziert werden; einige technische Geräte sollten Sie am besten selbst kaufen, da die schuleigenen meistens kaputt sind.)
- Vorbereitung der Schüler von heute mit technischen Geräten von gestern auf die Welt von morgen
- Blinder Gehorsam gegenüber Kultusministerium und Schulbehörde / Landesschulamt

Das wird Ihnen geboten :

- Steigende Schülerzahlen mit vielen Nationalitäten. (Die Welt kommt zu Ihnen in den Klassenraum - wozu noch verreisen ?)
- Jährliche Urlaubswochen in der Jugendherberge in Begleitung aufgeweckter Kinder. (Wozu die Nächte mit Schlaf vergeuden ?)
- Action am Vormittag - jeder Tag bringt neue Überraschungen!
- Gemeinsames Altern im Kollegium (Unser Motto : Weißt Du noch - damals!)
- Garantierte Arbeitszeitverlängerung
- Sicheres Einkommen (Was nicht steigt, läßt sich mit Sicherheit kalkulieren.)
- Mehrwöchige unterrichtsfreie Phasen im Jahr, auch als Ferien bekannt. (Damit Sie bei Ihrer 50-x - Stundenwoche und nachweislichen Streßspitzenwerten im Unterricht dem Dienstherren nicht zu früh verlorengelassen werden.)

Interessiert? Dann bewerben Sie sich bei Ihrem Kultusministerium ! *)

*) Bewerbungen lohnen nicht, denn durch Arbeitszeitverlängerungen und dank weiterer Sparmaßnahmen in der nahen Zukunft haben Sie vor dem Jahr 2000 ohnehin nur eine geringe Einstellungschance!

AUS ANDEREN VERBÄNDEN

Frühjahrstagung der ASD am 29.02. - 02.03. 1996

Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterverbände Deutschlands - Verband Deutscher Schulleitungen

Die Frühjahrstagung der ASD fand dieses Jahr - von Niedersachsen ausgerichtet - auf Norderney statt. 12 Länder waren mit ein bis fünf Delegierten vertreten - 3 Tage wurde intensiv an den drei Hauptthemen Beamtenstatus, Dienstvorgesetzter und Schulleiterauswahl und -ausbildung gearbeitet. Drei Arbeitsgruppen hatten die Vorarbeit geleistet, gelungene Vorlagen als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage erstellt, so daß zügig, sachlich, kompetent, zielgerichtet und erfolgreich gearbeitet werden konnte.

Daneben konnte über informelle Gespräche am Rande der Tagung der Horizont und das Problembewußtsein etwas erweitert werden, Meeresluft, viel Wind und sogar Sonne getankt und ein kurzer Eindruck der Insel sowohl durch Dias als auch durch eine kleine Rundfahrt gewonnen werden.

Beamtenstatus für Lehrer/innen und Schulleiter/innen

Die kontroverse Aussprache zu diesem Thema führte fast einstimmig zur Verabschiedung einer

RESOLUTION

Die ASD fordert den Beamtenstatus für Lehrer/innen und Schulleiter/innen in allen Bundesländern.

Sie hält zur Qualitätssicherung und -steigerung von Schule eine zeitgemäßere, flexiblere und leistungsorientierte Handhabung und Gestaltung des Beamtenrechts für unverzichtbar!

Die Arbeitsgruppe „Beamtenstatus“ erhielt den Auftrag, notwendige Konkretisierungen und Begründungen dazu zusammenzustellen, die den Ländern dann zugesandt werden. Die Resolution selbst soll wegen der Dringlichkeit - Schleswig-Holstein ist ja mal wieder vorgeprescht! - sofort an alle Ministerpräsidenten der Länder und den Bundesinnenminister versandt werden.

Schulleiter/innen als Dienstvorgesetzte

Die Resolutionen der ASD von der Herbst-Tagung in Fehmarn - wir veröffentlichten sie in slvsh-information 15/95 - wurden inzwischen an alle Kultusminister verschickt und mehr oder weniger ausweichend von dort kommentiert. Zum Dienstvorgesetzten lautete sie:

Im Zuge zunehmender Gestaltungsfreiheit der Einzelschule, im Sinne pädagogischer Programm- und Profilbildung anerkennt die ASD die größere schulrechtliche und pädagogische Verantwortung der Schulleiter/innen.

Sie ist der Auffassung, daß Personalentwicklung ein entscheidender Baustein dieser größeren Gesamtverantwortung ist und den Schulleiter/innen aus diesem Grund die Dienstvorgesetzten-eigenschaft zugewiesen werden muß.

Dieser Text wurde durch die Arbeitsgruppe „Dienstvorgesetzter“ ergänzt durch Begründungen und eine Zusammenstellung der Aufgaben und Befugnisse für Dienstvorgesetzte nach dem Bundesbeamtengesetz.

Schulleiterauswahl und -ausbildung

In *slvsh-information* 15/95 wurden ab Seite 17 bereits Ideen der Arbeitsgruppe „Schulleiterauswahl und -ausbildung“ für eine planmäßige und zielgerichtete Personalentwicklung im Bereich Schulleitung vorgestellt, wie sie auf der Herbst-Tagung der ASD diskutiert wurden. Diese wurden am 12./13.1.96 überarbeitet (Teilnehmer für den *slvsh* Arpe/Doppke) und zum Teil ganz neu konzipiert. Auf der ASD - Frühjahrstagung wurde dieses stark veränderte Modell, das sich in seiner jetzigen äußeren Form leider noch nicht zur Veröffentlichung eignet, im Plenum und in Arbeitsgruppen besprochen und erneut in einigen Punkten zur Klärung, Veränderung oder Ergänzung in die Arbeitsgruppe zurückgegeben. Die Endfassung soll dann noch vor der Herbsttagung 96 der ASD vom niedersächsischen EDV-Fachmann und ASD-Abgeordneten Heinfried Habeck im Layout überarbeitet werden, so daß dann eine Verabschiedung und Veröffentlichung möglich wird.

Der *slvsh* hat in seinen **workshops** am 24.4.96 alle drei ASD-Themen auch in seiner Themenliste. Dort werden die entsprechenden dann ergänzten Papiere vorliegen. Teilnehmer der ASD-Arbeitsgruppen werden Ihnen Rede und Antwort stehen und Ihre Kritik und Anregungen mitnehmen können.

Auch wenn es sich auf dem nebenstehenden Photo nicht um unseren großen Vorsitzenden handelt, sondern um das NRW-Vorstandsmitglied Gruhn - Ähnlichkeiten sind rein zufällig - es zeigt doch, wo der Weg hinführt: Im Sparsamkeitsvorreiter NRW müssen die Schulleiterkollegen jetzt schon ihre Dienstreisen im Gepäckwagen vornehmen. Die Frage bleibt - Wer hatte ihn im Handgepäck? Der guten Laune tat es anscheinend keinen Abbruch.

Gute Reise weiterhin, SLNRW!



ZENSUREN IM 3. SCHULJAHR – ANGEWANDTE AUTONOMIE?

An die
Ministerin für Frauen, Bildung,
Weiterbildung und Sport
des Landes Schleswig-Holstein
Postfach
24103 K i e l
d.d. Schulamt
des Kreises

Datum 21.11.1995

Betr.: Stärkung der Eigenverantwortung an unserer Schule

Bezug: Schreiben der Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung
und Sport vom 28.2.1995

In Kenntnis und auf Grundlage des o.g. Schreibens der Ministerin wurden auf der letzten Sitzung unserer Schulkonferenz auf Antrag des Schulelternbeirates die beiden folgenden Beschlüsse gefaßt, die ab Schulhalbjahr 1995/96 gelten sollen:

- 1) "Im Halbjahreszeugnis der Klassenstufen 2 und 3 wird über den Leistungsstand in den Fächern Deutsch, Mathematik, Heimat- und Sachunterricht berichtet. Über das Arbeitsverhalten bzw. Sozialverhalten wird nur bei erheblichen Abweichungen vom vorangegangenen Zeugnis berichtet."
- 2) "Die Klassenarbeiten werden im zweiten Halbjahr des dritten Schuljahres benotet. Daraus ergibt sich, daß das Zeugnis im 2. Schulhalbjahr ein Zensurenzeugnis ist."

Zu dieser Beschlußfassung wurde die Konferenz ermutigt durch zwei Sätze aus dem o.g. Schreiben:

"Als Kernpunkte nannte die Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport größere Freiheiten bei der Schul- und Unterrichtsorganisation, wie z.B. ... mehr Freiräume bei der Leistungsbewertung der Schülerinnen und Schüler."

"Auch wolle sie den Schulen, die bereits jetzt eine größere Eigenverantwortung anstreben und eigene Vorschläge testen wollen, keine Steine in den Weg legen."

Mich haben die beiden soeben zitierten Sätze dazu veranlaßt, diesen Konferenzbeschlüssen nicht, wie in § 96(1) Schulgesetz vorgesehen, zu widersprechen, sondern sie als Information mit diesem Schreiben an Sie weiterzuleiten.

Unter dem Motto "Die Schule sind wir" wird diese Veränderung der Leistungsbewertung sowohl in Klassenarbeiten als auch in Zeugnissen als schulinterne Erprobung verstanden.

Die Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport
Postfach 1467 · 24013 Kiel

**Die Ministerin für Frauen,
Bildung, Weiterbildung und Sport
des Landes
Schleswig-Holstein**

Herrn Schulleiter

nachrichtlich:
Schulamt des Kreises

Ihr Zeichen / vom

Mein Zeichen / vom

Telefon (0431)

Datum

III 303
GS

988-2413
Herr Simon

21.12.1995
13w51-27

Zensuren im 3. Schuljahr; eingeschränkte Halbjahresberichte in
Klasse 2 und 3

Ihr Schreiben vom 21.11.1995

Sehr geehrter Herr

Frau Ministerin Böhrk dankt für Ihr Schreiben und hat mich
gebeten, Ihnen zu antworten.

Ihrem Wunsch, bereits im 2. Halbjahr des 3. Schulleistungs-
jahres Zensuren erteilen zu lassen, kann ich nicht entsprechen.
Die Leistungsbeurteilung durch Berichtszeugnisse wurde u.a.
durch die Änderung der Grundschulordnung vom 26.02.1992 auf das
3. Schuljahr ausgeweitet, um damit stärker, als es vermeintlich
objektive Noten bewirken, auf die individuellen Fähigkeiten und
den Lernfortschritt des einzelnen Kindes eingehen zu können.
Dies führt letztlich auch zu einem für das Kind und die Eltern
klarerem Beurteilungsbild und ermöglicht darüber hinaus
eingehende Beratung und Hilfestellung für die weitere Entwick-
lung eines Kindes.

Grundsätzlich möchte ich darauf verweisen, daß mit einer kombinierten Berichts- und Notenbeurteilung in Klasse 3 das mit der Novellierung der Grundschulordnung vorrangig angestrebte Ziel, Kindern in der Grundschule eine längere von Leistungs- und Konkurrenzdruck freie Zeit für die individuelle Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihrer Leistungsfähigkeit zu gewähren, weiter eingeengt wäre.

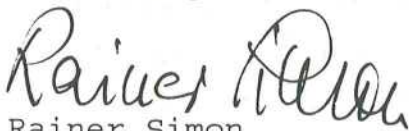
Für die Klassenstufen 2 und 3 Ihrer Schule schlagen Sie eine eingeschränkte Berichterstattung vor. Grundsätzlich gilt die Eigenverantwortlichkeit der in der Klasse unterrichtenden Lehrkräfte und des Schulleiters im Rahmen der einschlägigen schulrechtlichen Bestimmungen, ich verweise insbesondere auf § 3 der Landesverordnung über Notenstufen und andere Angaben in Zeugnissen vom 29.06.1981 in der geänderten Fassung vom 13.06.1995.

Aus pädagogischen Gründen hege ich erhebliche Zweifel, die Berichterstattung der Grundschule über die Entwicklung und den Leistungsstand eines Kindes auf die Fächer Deutsch, Mathematik und Heimat- und Sachunterricht einzuengen. Die Grundschule hat einen eigenständigen Bildungsauftrag erhalten, der die Gesamtpersönlichkeit und Leistungsentwicklung eines Kindes betrifft. Ich verkenne nicht den in manchen Fällen aufwandsmindernden Effekt Ihres Vorschlages, bitte jedoch, den ganzheitlichen Bildungsauftrag der Grundschule auch in der Berichterstattung in geeigneter Weise repräsentiert zu sehen.

Bitte informieren Sie auch den Schulelternbeirat von meiner Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage



Rainer Simon

MR Simon betonte noch einmal, daß die Maßnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung von Schule unberührt bleiben, der gesetzliche Rahmen (Schulgesetz & Erlasse) ist aber unbedingt zu beachten.

Die letzte...? – Das Letzte! –

Sicherlich werden Sie sich wundern, daß „*Die letzte...?*“ dieses Mal nicht die letzte ist, aber nichtsdestotrotz finden Sie auf dieser Seite „**Das Letzte !**“. Und da „**Das Letzte !**“ nicht auf der letzten Seite unterzubringen war, sondern einfach mehr Platz brauchte, haben wir uns für diese Stelle entschieden. Doch lassen wir die Wortspielereien und kommen zur Sache, bzw. zur Person: Es geht um den Hamburger Pädagogik-Professor Struck und seine zahlreichen vielgedruckten Veröffentlichungen der letzten Zeit.

Kurz vor den Halbjahreszeugnissen erschien im schleswig-holsteinischen Zeitungsverlag seine Exklusiv-Serie „Welche Schule ist die richtige?“ und vor kurzem im Hamburger Abendblatt der Artikel „Die klassische Schule ist out“, um nur einige zu nennen. Seine stets sehr reißerisch und populistisch aufgemachten Veröffentlichungen kennen wir ja seit Jahren. Innerhalb der Fachpresse ist die Lektüre sicher zwischen amüsant und ärgerlich, aber als ungefährlich einzustufen. Noch nie wurde aber in der breiten Öffentlichkeit so perfide gegen Schule und Lehrer/innen Stimmung gemacht wie in den o.g. Artikeln.

Exakt zum Halbjahresende und damit zur Ausgabe der Entwicklungsberichte erzählt Herr Struck den Eltern u.a., daß ein Drittel aller Schullartempfehlungen falsch seien. Schreibt er hier aus der Beschränkung auf die Hamburger Schullandschaft, ohne sich um die Schleswig-Holsteiner Zahlen zu kümmern, die wesentlich anders aussehen - warum dann aber in den hiesigen Zeitungen? - oder wird hier Meinungsmache ohne Rücksicht auf die Wahrheit betrieben?

Wo bleibt eigentlich das Verantwortungsgefühl eines Professors, den die Öffentlichkeit auf Grund seines Titels als Experten ansieht, wenn dieser massiv Propaganda gegen das Urteilsvermögen, die Kenntnisse, die sensible Einfühlung und die Erfahrung verantwortungsvoller Lehrer und Lehrerinnen betreibt?

Hier hätte Herr Struck von der Interessenvertretung der Eltern, dem Landeselternbeirat, lernen können: In einem sehr gelungenen Artikel in der Eltern-Info rief die Autorin fast beschwörend dazu auf, im Interesse der Kinder mehr Vertrauen in die Entwicklungsberichte und Schullartempfehlungen zu haben, statt die Kinder durch falsch verstandenes „Besserhabensollen“ zu überfordern und unglücklich zu machen. Aber welche gerade „enttäuschten“ Eltern hören auf die Praktiker, auf Elternbeiräte oder Schule, wenn ein Theoretiker mit dem Ansehen der Universität einem so schön nach dem Munde redet? Was schert es den Fachmann, wenn ein schwer in seinem Selbstbewußtsein angeschlagener Schüler in ein, zwei oder auch vier Jahren wieder bei der ihm ehemals empfohlenen Schulform anklopft, um hier seinen Abschluß zu erwerben. Die dann notwendige psychologische und pädagogische Schwerstarbeit muß die Schule leisten, wieviel hätte ihr und dem Jugendlichen erspart bleiben können, wenn das Vertrauen zur Institution Schule und ihren Vertretern noch so intakt wäre wie vor der Zerstörung durch Personen, die vermutlich selbst zerstörende Erfahrung mit Schule an ganz anderer Stelle gemacht haben. Auf den folgenden Seiten finden Sie einen der vier Artikel der Struck-Serie, einige recht gelungene Leserbriefe dazu sowie den erwähnten Hamburger Artikel, dessen Zukunftsvisionen an der Universität zwar nicht neu sind und dort ruhig diskutiert werden können, die aber mit einer vernünftigen Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit über eine stetige, sinnvolle und verantwortliche Weiterentwicklung von Schule und Lernen absolut nichts zu tun haben. Doch bilden Sie sich Ihr Urteil selbst; wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre unserer Mischung aus **Pressespiegel** und „**Das Letzte !**“.

Welche Schule

ist die richtige



Serie von Prof. Dr. Peter Struck

„Jede dritte Schullempfehlung ist falsch“

Schullaufbahnprognosen werden zu früh getroffen

Meist entscheidet nur eine Lehrkraft darüber

HAMBURG. Für alle Schüler schlägt am Ende des vierten Schuljahres die Stunde der Wahrheit: Die Beurteilungen durch ihre Lehrer sind für die weitere Schulkarriere der Schüler von weichenstellender Bedeutung. Nach Abschluß der vierten Grundschulklasse erfolgt die Empfehlung auf die weiterführenden Schulen. Aber rund ein Drittel dieser —

aus Sicht der Lehrer — vermeintlich richtigen Entscheidungen haben sich im nachhinein als falsch erwiesen. In der zweiten Folge der Exklusiv-Serie unserer Zeitung erklärt der Hamburger Erziehungswissenschaftler Prof. Peter Struck, warum er eine Schullaufbahnprognose nach der sechsten Klasse pädagogisch für sinnvoller hält.

Die Grundschullempfehlungen nach Klasse 4, überwiegend nur von einer Person, nämlich der Grundschullehrerin erstellt, erweisen sich in einem Drittel aller Fälle im nachhinein als falsch; hauptschulempfohlene Schüler kommen dennoch zum Realschulabschluß, gymnasialempfohlene nur zum Realschulabschluß, realschulempfohlene und manchmal auch hauptschulempfohlene gelangen zum Abitur und so fort. Spätentwickler kommen ohnehin gelegentlich über den Qualifizierenden Hauptschulabschluß nach Klasse 10 (Nie-

dersachsen), der zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe berechtigt, oder über den Weg Realschulabschluß und Aufbaugymnasium, über Wirtschafts-, Abend- und Technisches Gymnasium oder über den Zweiten Bildungsweg (Hansa-Kolleg) zur Hochschulreife beziehungsweise über die Fachoberschule zur Fachhochschulreife.

Nach Klasse 6 ist jedoch nur noch jede sechste Prognose langfristig gesehen falsch, wie in schulformunabhängigen Orientierungs- und Förderstufen und Bundesländern mit sechsjähriger Grundschule (Brandenburg, Berlin).

Mit der Verankerung des Elternrechts bei der Wahl der weiterführenden Schullaufbahn in den Schulgeset-

zen (beispielsweise in Hamburg) entscheiden die Eltern vielfach gegen die Grundschullempfehlung und melden ihr Kind zur nächst höheren Schulform oder halten über die Anmeldung zu einer Integrierten Haupt- und Realschule (Sekundar-, Regelschule, Differenzierte Mittelschule, Regionale Schule) oder einer Gesamtschule den Weg zu einem höherqualifizierenden Abschluß offen.

In Hamburg ist beispielsweise nur gut jedes dritte Kind gymnasialempfohlen, aber 41 Prozent aller Eltern melden ihren Jungen oder ihr Mädchen dennoch bei einem Gymnasium an, weitere 35 bei einer Gesamtschule. Sie tun gut daran, denn am Ende erreicht jeder dritte Schüler einen anderen Schulabschluß als prognostiziert.

Früher gab es ja am Ende der Klasse 4 noch Intelligenztests; zum Glück hat man die abgeschafft, denn sie korrespondieren kaum mit Schullaufbahnen. Weniger der IQ oder so etwas wie ein Begabungstyp (früher unterschied man zu Unrecht praktische, technische und wissenschaftliche Begabungen) entscheiden über Schulerfolg und -versagen, sondern vor allem Verhaltensweisen, wozu auch das Lernverhalten gehört und wozu häusliche Förderungsmöglichkeiten, die Primärsozialisation bzw. die erzieherische Biographie, die Nachbarschaftsbedingungen (Milieu, soziokulturelle Faktoren), Bildschirm- und Jugend-

trendeinflüsse und die Lehrerpersönlichkeitenkonstellation beitragen.

Wenn Eltern über eine Schullaufbahn entscheiden, indem sie ihr Kind an einer bestimmten Schule anmelden, dann wollen sie die Abschlussscheidung, die ja auch etwas mit Sozialprestige, Karriere, Lebensstandard und Berechtigungen zu tun hat, hinausschieben oder unter dem Motto „Wir wollen nur das Beste für unser Kind“ oder „Unser Kind soll es einmal besser haben als wir“ mitbeeinflussen. Sie können dabei auch auf mitreißende oder stigmatisierende Effekte vertrauen, denn wenn man einem Schüler mehr zutraut, wird er auch durchweg besser, traut man ihm aber wenig zu, dann gibt er sich im Sinne der Theorie von „self-fulfilling-prophecy“ auch früher auf. Überdies sind Schüler in günstigeren Lernmilieus, in denen nur wenige sie negativ beeinflussende „Schmuddelkinder“ sitzen, motivierter, in ungünstigen aber in der Tendenz - vom „Restbewußtsein“ angesteckt - resignierter.

Vor Erfahrungen im Umgang mit einer Fremdsprache und vor Beginn der Pubertät sind Schullaufbahnprognosen sehr unzuverlässig. Würde vor allem der Intelligenzquotient über den Abschlußerfolg entscheiden, dann dürfte man durchaus schon Zehnjährige auf Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen sortieren. Da aber fast jeder Schüler intellektuell in der Schule unterfordert bleibt, da kein Mensch seine Hirnkapazitäten ausschöpft (im Schnitt nur 25 Prozent)

und da Lernerfolge von Lehrerpersönlichkeiten, von Methoden, von Lernorganisationsformen und von Mitschülern abhängen, vor allem aber davon, ob man für seine Schulaufgaben einen guten Arbeitsplatz zu Hause hat, ob man seine Hausaufgaben überhaupt macht, für Arbeiten lernt und seine Bücher und Hefte in der Schule bei sich hat, ob man im Unterricht ausdauernd konzentriert zu sein vermag, zuhören kann, richtig ernährt ist und von den Eltern zu Hause beim Lernen unterstützt wird — und sei es über bezahlten Nachhilfeunterricht —, taugt der IQ als Maßstab für die Zuordnung zu weiterführenden Schulen überhaupt nicht. Theoretisch könnte man sogar viele Hauptschüler zum Abitur bringen, wenn man nur die für sie richtigen Lernorganisationsformen und Methoden finden würde.

Wenn es zwischen Sonder- und Privatschulen nur noch ein zweigliedriges Schulsystem ohne höher- und minderwertige, sondern mit zwei andersartigen Bildungsgängen geben würden, die beide zum Abitur und zur Berufsausbildungsreife nach Klasse 10 führen, die aber im Sinne von Klaus Hurrelmanns Zwei-Wege-Modell nur noch zwischen Schülern, die erzogen und unterrichtet, und Schülern, die unterrichtet und erzogen werden müssen, unterscheiden, dann wäre die momentane Schullaufbahnprognosen- und -entscheidungsproblematik weitgehend gelöst, denn ob Schüler einen erhöhten Erziehungsbedarf haben oder nicht, läßt sich schon recht treffsicher mit zehn oder zwölf Jahren ausmachen.

Woher weiß Herr Struck, daß ein Drittel aller Schulartenempfehlungen sich im Nachhinein als falsch erweisen? An den Flensburger Schulen ist dies nachweislich nicht der Fall! Machen in Hamburg dann auch mehr als 41 Prozent eines Schülerjahrganges Abitur? Nur in diesem Fall hätten die Eltern wirklich gut daran getan, ihre Kinder auf das Gymnasium zu schicken. Andere Schulabschlüsse stempeln diese Jugendlichen unnötig zu Versagern! Herr Struck behauptet, daß fast jeder Schüler intellektuell in der Schule unterfordert sei. Sein Hinweis auf die nicht ausgeschöpfte Hirnkapazität unterstützt, wie er sehr wohl weiß, diese These nicht. Es ist allerdings sehr elitär, wenn Herr Struck in diesem Zusammenhang gute häusliche Arbeitsplätze und bezahlten Nachhilfeunterricht einfordert! Ebenso unüberlegt ist sein Eintreten für das Zwei-Wege-Modell, das nur noch zwischen erzogenen Kindern unterscheidet und solchen, die einen erhöhten Erziehungsbedarf haben. Dies ausgerechnet von ihm, der kurz zuvor auf die ungünstigen Lernmilieus durch negativ beeinflussende „Schmuddelkinder“ (seine Worte) hinweist.

Letztlich ist die Redaktion zu fragen, warum gerade jetzt, wo an den Grundschulen mit viel Mühe und Erfahrung verlässliche Schulartenempfehlungen erstellt werden, ein derart unverantwortlicher Artikel erscheint. Er ist ein Schlag ins Gesicht aller betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

RICHARD THUMERER;
Flensburg

Herr Professor Struck irrt: Nicht die Empfehlungen der Grundschulen sind zu oft unzuverlässig; sondern die Gymnasien und Realschulen passen ihre Anforderungen und Abschlussskriterien in der Praxis des Schulalltages z.T. massiv dem Leistungsvermögen der bei ihnen eingeschulten Schüler an. Jemand, der dies nicht weiß oder ignoriert, gehört für mich zu den „Helfern“, die mit ihrem Aufruf zur Mißachtung der Grundschulgutachten erst die Probleme schaffen helfen, die sie nachher dann medienwirksam lösen wollen.

REIMER FIEDRICH;
Itzehoe
Die Beglückungskampagne des Professors Struck geht weiter. Nach seinem Vorschlag, die Noten, die Nichtverturen mit dieser schrecklichen roten Tinte abzuschaffen, will er nun - fast ist das logisch - allen Schülern eine Studienberechtigung verschaffen. Das ist kein Problem, denn man könnte, so verkündet der Professor, „viele (!) Hauptschüler zum Abitur bringen, wenn man nur die für sie richtigen Lernorganisationsformen und Methoden findet.“ Einer gewissen Begabung bedarf es dazu nicht, Begabung sei sowieso ein veraltetes Konzept. Wenn man von solchen haarsträubenden Prämissen ausgeht, verwundert es nicht, daß am Ende ein Rat herauskommt, der als unverantwortlich zu bezeichnen ist: Eltern sollten die Gutachten der Grundschule ignorieren und ihre Kinder immer gleich auf die höhere Schule anmelden! Begründung: Jede dritte Schulempfehlung sei „falsch“. Diese Behauptung sagt jedoch zunächst, daß zwei von drei Empfehlungen richtig sind. Würden die Eltern aber Strucks Rat folgen, wären für ihre Kinder Mißerfolgserlebnisse mit

Die Misere der Schule begann, als Bildungstheoretiker vom Schlage des Herrn Struck die Forderung nach Leistung zu einer Form von Kindesmißhandlung erklärten. Fern ab der Schullwirklichkeit hat er schnell neue Patentlösungen zur Hand. So werden wir uns dann zukünftig allmorgendlich in einer Seifenblase des Aktionismus treffen - und damit es keiner merkt, nennen wir es weiterhin Schulle. EDMUND LINK;
Schafflund

Herr Struck ist Professor, ich bin bloß Schulpraktiker. Prof. Struck behauptet, die Dänen hätten mit Berichtszeugnissen bessere Erfahrungen gemacht als mit Notenzeugnissen. Den Beweis bleibt er schuldig. Er vergleicht dänische Schulen mit deutschen. Ihm scheint entgangen zu sein, daß Dänemark und Deutschland eine recht unterschiedliche Entwicklung durchgemacht haben. Diese unterschiedliche Entwicklung bedingt selbstverständlich auch unterschiedliche Schulsituationen.

Nach der autoritären NS-Zeit kam die Umerziehung, es kam sozialistische Gleichmacherei, es kamen die 68er, es kam die Ideologie des Egoismus der FDP und die Ideologie des Materialismus der CDU. Ein Wunder, daß Kinder überhaupt noch zur Schule gehen!

Prof. Struck tut so, als seien Lehrer unfähig, die Bedeutung der Noten zu erklären. Der Lehrer kann z.B. einem Schüler erklären, daß das Halten einer 4 von Zeugnis zu Zeugnis ein Hinzulernen bedeutet wie das Halten einer 1. Prof. Struck traut den Lehrern auch nicht zu, dem Schüler das Gefühl geben zu können, daß er trotz einer schlechten Note angenommen sei.

Herr Prof. Struck meint wirklich, daß Schüler und Eltern ein Berichtszeugnis richtig deuten können. Berichtszeugnisse sind aber so verklausuliert, daß sie so wenig zu deuten sind von Laien wie die Arbeitszeugnisse im Berufsleben.

Ein Beispiel: Als eine Arbeit bei mir einmal so schlecht ausgefallen war, daß ich keine Noten geschrieben hatte, kamen die Schüler empört zum Pult: Sie wollten ihre Noten!

Prof. Struck meint, Noten seien ungerecht. Eine Binsenweisheit. Sind Beurteilungen mit Worten automatisch gerechter?

Eine im Bericht von Prof. Struck unkritisch mitgeteilte Tatsache möchte ich hier wiederholen, damit der Leser sich seinen Teil denke: Auf der Erweiterten Schulkonferenz beschließen nicht nur Eltern und Schüler neben den Lehrern, ob Noten- oder Berichtszeugnisse gegeben werden sollen, sondern tatsächlich auch Reinemachefrauen und Hausmeister! Es ist viel zu tun in der Pädagogik. Packen wir es an. Aber an den richtigen Stellen.

HERMANN BÖCKER;
Ahrensburg

LESERFORUM

Der Erziehungswissenschaftler Struck stellt fest, daß Ziffernnoten ungerecht und jedes dritte Grundschulgutachten falsch seien. Dies sind Behauptungen, die immer wieder vor Wahlen ritualisiert werden. Ich hoffe, daß sie nicht parteipolitisch instrumentalisiert worden sind.

Zu den Ziffernnoten: Wenn sie so ungenau, falsch und ungerecht sind wie von Struck dargestellt, gehören sie in allen Bereichen unserer Gesellschaft abgeschafft. Struck will dies nur bis einschließlich Klassenstufe 7. (Verweis auf Dänemark). Das ist nicht konsequent.

Struck bekennt sich ausdrücklich zur Leistung und beklagt, daß darüber im Hamburger Schulgesetz jeglicher Hinweis fehle. Dies gilt übrigens auch für das schleswig-holsteinische. Wer Leistung fordert, muß Instrumentarien für ihre Bewertung (Evaluation) entwickeln und anwenden.

Wer Unterricht gewissenhaft plant und durchführt, also vornehmlich prozeß- und nicht ergebnisorientiert arbeitet, hat stets eine Fülle von aussagekräftigen Informationen für die Leistungsbeurteilung zur Hand. Da er die Schüler und Eltern laufend über den jeweiligen Leistungsstand informiert, genügen verkürzte Darstellungen in Form von Ziffernnoten. Die Gesamtschulen bedienen sich gar der noch knapperen Vermittlung durch nur drei Symbole.

Wo Unterricht überwiegend ergebnisorientiert angelegt ist, genügen Ziffernnoten natürlich nicht allein. Verbale Zusatzinformationen sind dort unerlässlich.

Noten und verbale Leistungsbeschreibungen müssen immer so unvollkommen sein, wie ihre jeweiligen Absender und Adressaten. Wenn Gemeintes nicht so klar formuliert wird, wie es der Sache angemessen ist oder wie es die Verstehens-ebene des anderen zuläßt, sollte der Ziffernnote der Vorzug gegeben werden.

Zu der Balkenüberschrift: „Jedes 3. Grundschulgutachten ist falsch“, die Aussage eines Kollegen aus gemeinsamer Hamburger Zeit mit Struck: „Diesen Schwachsinn verbreitet er nun schon seit Jahren.“ Peter Strucks Darstellungen sind populistisch und wissenschaftlich unseriös.

KARL-HEINZ GROTH;
Goosfeld

Professor Peter Struck, Hamburger Pädagogik-Experte zum Lernen in der Zukunft

Die klassische Schule ist out

Hamburg – In Tilburg in den Niederlanden sitzen jeden Donnerstag etwa 1000 15- und 16jährige Schüler zu Hause am Computer, sind aber mit dem Lehrer in der Schule verkabelt.

Der Lehrer schickt ihnen seine Aufgaben per Kabel auf den Bildschirm, er muß sich nicht mehr an das Lerntempo eines vermeintlichen Klassendurchschnitts anpassen, sondern kann auf jeden Schüler individuell eingehen.

**Durch „Tele-Lernen“
läßt sich der
bisherige Unterricht
von fünf Wochentagen
auf den Umfang von
zwei Wochentagen
reduzieren. Somit
bleibt mehr Zeit
für die Familie.**

Über dieses „Tele-Lernen“ wird dreimal soviel gelernt wie beim herkömmlichen Unterricht, und das Gelernte bleibt auch noch dreimal so lange im Gedächtnis haften.

Damit ließe sich also der bisherige Unterricht von fünf Wochentagen auf den Umfang von zwei Tagen reduzieren, so daß drei Tage für Familienergänzendes, leibliche Versorgung, Bewegung, Spiel, Prävention, Kompensation, Integration, Medien-erziehung und neue Schlüsselqualifikationen wie Erkundungs-, Handlungs- und Konfliktkompetenz, Teamfähigkeit, Kreativität und vernetzendes Denken gewonnen werden, aber auch für Innovationen.

**Von Schülern
wird Anpassung, Unter-
ordnung, Fähigkeit zur
Arbeitsteilung, Lesen,
Schreiben und Rechnen
und eine mehr oder
weniger unkritische
Robotermentalität
erwartet.**

Die klassische Schule gehört zum ausklingenden Industriezeitalter, das – wie heute immer noch die Handwerks- und Handelskammern, nicht aber mehr die Großbetriebe – von Schülern Anpassung, Unterordnung, Fähigkeit zur Arbeitsteilung, Lesen, Schreiben und Rechnen und eine mehr oder weniger unkritische Robotermentalität erwartet hat.

Die künftige Schule muß aber zum künftigen Informationszeitalter passen, das von jungen Menschen Mobilität, Flexibilität, Kreativität, selbständiges Lernen und Umlernen sowie Selbstverantwortlichkeit bei der Informationsgewinnung und -verarbeitung verlangt wird.

Der Fachverband Informationstechnik hat ausgerechnet, daß man fünf Jahre lang jährlich 1,4 Milliarden Mark investieren müßte, um alle Schulen auf einen erforderlichen Mindeststandard der Ausrüstung mit Lerncomputern und mit geeigneter Software, an dem es vor allem noch fehlt, zu bringen; übrigens würden diese Investitionen nur 0,09 Prozent der Einnahmen der öffentlichen Hand kosten.

Ist die Bildung der Jugend unserer Gesellschaft und ihrer Zukunft nicht so viel wert?

Würde man alle Schüler mit einem multimediafähigen Lerncomputer in Form eines transportablen Laptops (der dann anstelle des jetzigen Schulrucksacks getragen werden würde) ausstatten, weil er dann sowohl in der Schule als auch zu Hause zum Lernen genutzt werden könnte, und hätte man bereits eine von guten Pädagogen entwickelte Software, die auch den schlechten Lehrer als Selektionsfaktor zu kompensieren vermag, dann würde das auf 13 Schuljahre umgerechnet etwa ebensoviel kosten wie jetzt die Summe der Schulbücher, Hefte, Arbeitsbögen und kopierten Zettel zusammen, eingerechnet, daß Computer um so billiger werden,

je mehr sie gekauft werden. Und die Telekom würde Schulen die Gebühreneinheiten für die Netzanschlüsse sicher zum Sondertarif geben, denn besser als über den Aufbau von Informatikkompetenzen in der Schule kann sie auch für ihre eigenen Zukunftsprofite nicht investieren.

Das Computerlernen und die immer wichtiger werdenden Schlüsselqualifikationen einer Info-Gesellschaft werden dazu führen,

- daß die bisherigen Fachlehrpläne, die die Kreativität töten und zu Hirnverkrümmungen beitragen, künftig zu Lernbereichslehrplänen vernetzt werden,
- daß die Altersklassengliederung der Schule in altersübergreifende Lerngruppen, die nach Entwicklungs- bzw. Reifegraden sortiert werden, einmündet,
- daß die 45-Minuten-Takte und die Fachlehrer abgeschafft werden.

**Computer erhöhen die
Chancengleichheit,
kompensieren besser,
individualisieren das
Lerntempo, erlauben
Partner- und
Gruppenarbeit als
soziales Lernen und
verringern Langeweile.**

Mit dem Computer kann man rechnen, schreiben, lesen, malen, musizieren, komponieren, zeichnen, kommunizieren, spielen und sich biologische, chemische, physikalische, historische und geographische Wissensselemente abholen und darüber hinaus noch deren Vernetzung, mit der die meisten heutigen Lehrer überfordert sind.

Neben Kreativität, Selbständigkeit und Vernetzung ermöglichen Computer aber auch ein Lernen ohne Strafen, ohne rote Tinte, ohne Noten und ohne enttäuschte Gesichter von Lehrern und Eltern sowie ohne Auslachen durch Mitschüler.

Der Computer läßt zwar Fehler nicht zu, aber er motiviert, sie auszumerzen, ohne daß man irgendwelche Nachteile befürchten muß; Lernen über das „Lob des Fehlers“ nennt Reinhard Kahl das. Computer erhöhen die Chancengleichheit, kompensieren besser, individualisieren das Lern- und Verständnistempo, erlauben aber auch Partner- und Gruppenarbeit, als soziales Lernen, vor allem verringern sie aber Langeweile, Unterforderung, Versagen und Zeitverschwendung, jedenfalls so lange, wie sie noch faszinierend auf junge Menschen wirken.

Schule wird Anforderungen der Zukunft nicht gerecht

Schlechte Noten

LÜBECK - Das deutsche Schulsystem ist dringend reformbedürftig, die Schule der Gegenwart kann den Anforderungen der Zu-

kunft nie und nimmer gerecht werden. Dies beklagten führende Erziehungswissenschaftler gegenüber den Lübecker Nachrichten.

„Das starre Prinzip der Wissensvermittlung ist nicht mehr zeitgemäß“, betont der Bielefelder Jugendforscher Klaus Hurrelmann.

Die Schule der Zukunft müsse vielmehr ein lebendiges kleines Unternehmen sein, das auch dem Prinzip von Angebot und Nachfrage gehorche und „in dem Leben stattfindet“. Unterrichtsformen müssten neu durchdacht, überholte Schulformen abgeschafft werden. Demnach habe die „ausblutende Hauptschule“, die heute nur noch von rund einem Drittel aller Kinder besucht wird, ausgedient.

Wulf Wallrabenstein von der Uni Hamburg beklagte das gleichbleibend geringe Interesse, das Kommunen der Schule entgegenbrächten. Der 54jährige verwies darauf, daß die Bundesrepublik im Vergleich der Industriestaaten beschämend dastehe. „Gemessen am Brutto-sozialprodukt liegen wir international auf Platz 13 – weit hinter Ländern wie Portugal, Griechenland oder Spanien.“

Zudem beklagte Wallra-

benstein, daß die Schule die geänderten Anforderungen des Arbeitslebens bis heute weitgehend ignoriert habe. Während die Wirtschaft Leute suche, die im Team arbeiten und vernetzt denken können, vermittele die Schule wie schon vor 30 Jahren nur Fachwissen und züchte Individualisten.

Ohne ein umfassendes Umdenken sieht Wallrabenstein schon in naher Zukunft die Gefahr eines Zwei-Klas-

sen-Systems: „Die Reichen werden sich Bildung kaufen.“ Verhältnisse, die so fern gar nicht scheinen: Im Schuljahr 1994/95 besuchten in den alten Bundesländern 460 000 Kinder und Jugendliche die knapp 2000 Einrichtungen in freier Trägerschaft, zehn Prozent mehr als 1990. Bundesweit gehe jeder zwanzigste Schüler in eine Privatschule, berichtete gestern das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln.

Keine Frage, die Schule steht in der Diskussion. Zwar gilt weiterhin die Weisheit von Wilhelm Busch – „Also lautet der Beschluß, daß der Mensch was lernen muß“ –, doch über das Wie streiten sich die Gelehrten. Unumstritten ist lediglich, was der Bielefelder Erziehungswissenschaftler Klaus Hurrelmann (52) so formuliert: „Wir führen unsere Schule heute immer noch wie einen bürokratischen Apparat. Das ist vorne und hinten nicht mehr zeitgemäß.“

Denn die Zeiten haben sich geändert, die Schule nicht. „Wenn ich heute in die Schule komme, in der ich vor mehr als 30 Jahren Abitur gemacht habe, ist mir gleich wieder alles vertraut“, meint Hurrelmann. Ebenso wenig wie das Klingelzeichen hätten sich Umgangs- und Unterrichtsförmlichkeiten geändert. Wer hingegen in jenen Betrieb zurückkehre, in dem er damals seine Lehre absolviert habe, würde inzwischen nichts wiedererkennen.

Während Hurrelmann dem deutschen Schulsystem einen gewaltigen Reformstau diagnostiziert, bescheinigt der Hamburger Wulf Wallrabenstein den deutschen Lehrern im selben Atemzug eine chronische Überforderung. „Die Pädagogen in unseren Schulen müssen sich heute Aufgaben stellen, für die sie gar nicht ausgebildet sind“, klagt der Dozent des Fachbereichs Erziehungswissenschaften an der Carl-von-Ossietzky-Universität, der

selber über ein Jahrzehnt lang als Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen im Einsatz war.

Angeichts der Folgen einer zunehmenden Zahl von brüchigen Familienverhältnissen und moralischer Werteverluste seien nicht Lehrer, sondern Sozial-Therapeuten gefragt. Wallrabenstein: „Vor zehn Jahren hatten wir im Schnitt zwei verhaltensauffällige Kinder pro Klasse, heute sind es sieben, in manchen Fällen bis zu 15.“ Damit werde kein Lehrer mehr fertig, schon gar nicht mit den Hilfsmitteln der herkömmlichen Schule.

Dabei reduzieren sich die

Aufgaben, denen sich die Schule der Zukunft (und auch der Gegenwart!) stellen muß, im Kern immer auf denselben Punkt. Sie darf sich, wie Klaus Hurrelmann sagt, „nicht mehr als Instanz der reinen Wissensvermittlung verstehen, sondern als Instanz, die zeigt, wie man sich Wissen erschließt“. Nicht mehr stures Pauken ist gefragt, sondern der vernünftige Umgang mit Lehrinhalten und miteinander. Kinder sollen erfahren, so der hessische Kultusminister Hartmut Holzapfel, „daß es sich lohnt, Rücksicht zu nehmen und daß Regeln nicht Selbstzweck sind, sondern Voraussetzung für vernünftige Arbeit.“ Wulf Wallrabenstein zielt auf die Frage nach dem Unterricht der Zukunft unlängst den französischen Poeten Antoine de Saint-

Exupéry: „Wenn du ein Schiff bauen willst, fang nicht an, Holz zusammenzutragen, Bretter zu schneiden und Arbeit zu verteilen, sondern wecke in den Männern die Sehnsucht nach dem großen, weiten Meer...“

Eine Sehnsucht, die gar nicht mehr so tief schlummert. Die Eckdaten einer Schule der Zukunft liegen nach Ansicht vieler Erziehungswissenschaftler heute bereits auf dem Tisch. Schwerpunkte sind

- eine größere Erziehung zum eigenständigen Lernen der Schüler, die sich auch untereinander unterrichten sollen und somit erfolgreiche Arbeit im Team lernen
- die Einrichtung eines Arbeits-Platzes für Kinder, an dem sie etwas tun können, das ihnen „selbst sinnvoll erscheint und mit dem sie hier und heute etwas anfangen können“ (Hurrelmann).
- eine Umwandlung der traditionellen Schulform zu einem „pädagogischen Dienstleistungsbetrieb“.

Erste, wenn auch zaghafte Schritte in die Zukunft werden inzwischen zumindest angedacht. Der Vorstoß des Wiesbadener Ministers Holzapfel, den Schulunterricht künftig zwischen neun und 15.30 Uhr anzusetzen und damit Stundenpläne und Lernpensum zu entzerren, stieß zwar bei Lehrer-Gewerkschaften auf Widerspruch, findet aber andernorts durchaus Gehör. „Zur Zeit sind wir die einzige Industrienation der Welt, die sich den Luxus einer Halbtagschule leistet“, meint Hurrelmann. Auch der Plan der saarländischen Landesregierung, die Hauptschule abzuschaffen, geht nach Ansicht Hurrelmanns

in die richtige Richtung: „Die Hauptschule hatte ihre Berechtigung Ende der 60er Jahre, als 65 bis 75 Prozent aller Kinder tatsächlich diese Schule besuchten. Heute ist diese Zahl auf ein Drittel gesunken.“

Während sich die Architekten der neuen Schule noch Gedanken um Strukturen und Geist der Konzepte machen, haben sich die Lehrer innerlich bereits auf den Wandel eingestellt. „Wir müssen davon ausgehen, daß der Lehrer in Zukunft in erster Linie Organisator und Moderator des Unterrichts sein wird“, erklärt Steffen Welzel (53), Sprecher des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. „Kinder und Lehrer werden künftig gleichermaßen dazulernen.“

Und nicht nur die. Geht es nach Wulf Wallrabenstein, werden auch die Eltern bei der Schule der Zukunft miteredern. Die Schule, so der Vater zweier Kinder, darf nicht mehr verstanden werden als Einrichtung des Staates, bei der man seine Sprößlinge einfach abgibt. „Schule ist etwas, das allen gehört, bei dem alle mitarbeiten müssen“, sagt er. Ein Stück Allgemeinut, in dem das Wichtigste geformt werde, was wir haben: „Unsere Kinder – und damit unsere Zukunft.“

AUS DER ARBEIT DES VORSTANDES

Auswertung

slvsh RESSOURCENJAGD '96

Abgesandte Briefe: 380

Erhaltene Antworten : 11 = <3%

Mitarbeits-/Unterstützungsangebote:

1. EDV-Einsatz in der Schulverwaltung - Uwe Niekiet
2. Förderzentren im ländlichen Raum/Integrative Beschulung - W. Buck
3. allgemein /auf Ansprache - H.P. Feddersen
4. Integration - Holger Meyer
5. Organisationsentwicklung - Holger Meyer
6. Fremdsprachen in der Grundschule - Edelgard Quittkat
7. Weiterentwicklung der Realschule - Peter W. Heinsen
8. Entwicklung kombinierter Schulsysteme - Peter W. Heinsen
9. Artikel für unsere Zeitung - Prof. Rudolf Krüger

Interesse an Beratertätigkeit: Holger Meyer

Interesse an Planungstagung Ende Februar : Heidi Garling, Bernd Halfpap, Holger Meyer

Anregungen für den Vorstand: leider keine

Einige bedauernde Absagen und persönliche Mitteilungen waren sehr freundlich -



*ABER, ABER – liebe Mitglieder, wo bleibt die Solidarität, die Sie sich im Kollegium immer wünschen?
Und nebenbei schimpft uns unser Kassierer
Portoverschwender! Wie wär's noch mit einigen
nachträglichen Antworten?*

Neuer Kooperationspartner für den slvsh

Im Oktober sind alle Schulleiterverbände von der BERTELSMANN-STIFTUNG angeschrieben und um Unterstützung des Wettbewerbes „INNOVATIVE SCHULEN“ gebeten worden. Wir haben daraufhin die Bewerbungsunterlagen auf der Mitgliederversammlung verteilt. Darüberhinaus haben wir für den slvsh Verbindung zu der zuständigen Projektleiterin aufgenommen und ihr Unterlagen über die Arbeit des slvsh zugesandt. Schnell wurde deutlich,

daß ein großes Interesse bestand, über mögliche Kooperationsformen nachzudenken. Am 12.1.96 fand deshalb ein Gespräch mit der Leiterin der Abteilung Staat und Verwaltung, Frau Dr. Pröhl, und ihren Mitarbeiterinnen Frau Boldt und Frau Schurig statt. Der slvsh wurde durch Michael Doppke und Holger Arpe vertreten. Das ca. dreistündige Treffen war äußerst interessant und ergebnisreich. Besonders erfreulich war die hohe Einschätzung der Arbeit des slvsh.

Die Professionalisierung von Schulleitung, die Bedeutung einer qualifizierten Auswahl, Ausbildung und Fortbildung von Schulleitung für die Weiterentwicklung von Schulen wird von der Bertelsmann-Stiftung in weiten Teilen genauso gesehen wie vom slvsh.

Im Verlauf der Unterredung wurden folgende Kooperationsfelder ins Auge gefaßt:

- Unterstützung des Schulleiterkongresses 1997 durch die Bertelsmann - Stiftung
- Beteiligung des slvsh an Vorhaben und Projekten der Bertelsmann - Stiftung: Hier könnte es u.a. darum gehen, die Vorschläge der NRW - Bildungskom-

mission zur Veränderung von Schule auf Umsetzungsmöglichkeiten bzw. Praxistauglichkeit zu untersuchen.

- Aus- und Fortbildungskonzepte von Schulleitungen

Konkrete Absprachen werden sicher in den nächsten Monaten folgen. Mit der Bertelsmann - Stiftung hat der slvsh zweifellos einen äußerst kompetenten Partner für die Verbreitung und Durchsetzung seiner Anliegen gefunden.

Aktivitäten des Vorstandes

17./18.12.95	Vorstand/Berater	Klausurtagung zur besseren Organisation in Schleswig
19.12.95	Rossow/Koch	MFBWS Personalbewirtschaftung
8.1.96	Vorstand	Planung 1996
9.1.96	Peters	Runder Tisch Grundschule
17.1.96	Peters	Runder Tisch GS / MFBWS
6.2.96	Peters	Runder Tisch GS
12.1.96	Doppke/Arpe	Bertelsmann-Stiftung
12./13.1.96	Doppke/Arpe	ASD-Arb.gruppe „Schulleiteraus- und Fortbildung“ in Hannover
5.2.96	Doppke	IPTS Dr.Dohm
12.2.96	Ihrle-Glagau/ Koch/	Arbeitskreise Förder-/Real- schulen/ Gymn./ Berufssch. in Bad Bramstedt
14.2.96	Jeschke	ASD-Arb.gruppe „Rechtsstellung Schulleiter“ in Soltau
14.2.96	Rossow/Sing	Treffen benachbarter Schulleiter- verbände in Soltau
16.2.96	Jeschke	ASD-Arbeitsgruppe „Dienst- vorgesetzter“ in Hannover
24.2.96	Teile des Vorstan- des & int. Gäste	Organisatorische und inhaltliche Vorbereitung der workshops
29.2.-2.3.96	Jeschke/Rossow/ Sing	ASD-Frühjahrstagung auf Norderney

VORSTAND

Name	Privatanschrift	Schuladresse	Fax
Rektor Michael Doppke Vorsitzender	Birkeneck 3 25479 Ellerau 04106 - 73762	Grundschule Kaltenweide Amandastr. 42 25335 Elmshorn 04121 - 84278	04106 - 78867
Rektor Friedrich Jeschke Stellv.Vorsitzender	Meisenweg 11 23769 Burg auf Fehmarn 04371 - 2402	Grund- und Hauptschule Burg Ohrstr. 33 23769 Burg auf Fehmarn 04371 - 9613	04371 - 3749
Rektor Walter Rossow Stellv.Vorsitzender	Am Sportplatz 8 23881 Breitenfelde 04542 - 89274	Geschwister-Scholl-Schule Schulstr. 6 25355 Barmstedt 04123 - 7119	04123 - 2326 04542-836601
Konrektor Kl.-I. Marquardt Schriftführer	Pommernweg 33 24582 Wattenbek 04322 - 2362	Grundschule Wattenbek Schulstr. 6 24582 Wattenbek 04322 - 5650	04322 - 2362
Rektor H.-P. Drosdatis Kassierer	Fleederbusch 9 24576 Bad Bramstedt 04192 - 4521	Grundschule G.-Keller-Straße Sandweg 39b 22848 Norderstedt 040 - 5235451	040 - 5283367
Rektor Paul Kniebusch Beisitzer	Westerstr.29 25704 Meldorf 04832 - 5254	Hauptschule Brunsbüttel Kopernikusstr.1 25541 Brunsbüttel 04852 - 51074	04852 - 51074
Rektor Olaf Peters Beisitzer	Heisterweg 11 24392 Süderbrarup 04641 - 933146	Gorch-Fock-Schule Mürwiker Str. 7 24376 Kappeln 04642 - 81858	04642 - 82179
Rektor Holger Arpe Beisitzer	Mühlenberg 11c 24217 Schönberg 04344 - 3926	Grund-und Hauptschule Schönberg Schulweg 3 24217 Schönberg 04344 - 1645	04344 - 3571
Sonderschul-KRin G. Ihrle-Glagau Beisitzerin	Hans-Scharoun-Weg 5e 22844 Norderstedt 040 - 5229582	Erich-Kästner-Schule Am Exerzierplatz 24 22844 Norderstedt 040 - 5251414	040 - 5217835
Realschulrektor Uwe Koch Beisitzer	Schobüller Str. 57 25813 Husum 04841 - 4267	Ferdinand-Tönnies-Schule Flensburger Chaussee 30 25813 Husum 04841 - 73715	04841 - 61695
Rektorin Angelika Sing Beisitzerin	Am Sportplatz 8 23881 Breitenfelde 04542 - 89274	Grund-und Hauptschule Nusse Poggenseer Weg 11 23896 Nusse 04543 - 474	04542-836601
Rektor B.-D. Hönicke Berater	Am Waldrand 23627 Groß Grönau 04509 - 1005	Grund- und Hauptschule Breitenfelde Schulstr.17 23881 Breitenfelde 04542 - 800140	04542 - 89828
Rektorin Fr. Griebmann Beraterin	Breitenburger Str. 50 25524 Itzehoe 04821 - 2392	Hauptschule Kellinghusen Danziger Str. 40 25548 Kellinghusen 04822 - 2430	04822 - 8636

BEITRITTSERKLÄRUNG

zum s/vsh e.V.

- Bitte in Blockschrift ausfüllen -

Name Vorname Geburtsdatum
Dienstbezeichnung/Funktion Schulart zuständiges Schulaufsichtsamt
Name und Anschrift der Schule
Dienst - Telefon Telefax Privat - Telefon Telefax
Privatanschrift

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.

Ort, Datum Unterschrift

Ich bin damit einverstanden, daß der monatliche Beitrag von DM 10,- jährlich im voraus von meinem Konto

Kontonummer Bankinstitut Bankleitzahl abgebucht wird.

Eintrittsdatum Unterschrift

Ihre Wünsche, Anregungen, konstruktive Kritik sind uns wichtig und für eine effektive Verbandsarbeit unerlässlich! Also rufen Sie uns einfach an oder schreiben Sie uns!

Ich habe folgende Anregungen für die Verbandsarbeit:

Ich biete meine Mitarbeit (pauschal, zu bestimmten Themen, für spezielle Aufgaben) an:

Ich wünsche mir mehr Informationen zu folgenden Themen:

s/vsh

Schulleiterverband Schleswig - Holstein e.V.

Vorsitzender:

Michael Doppke
Birkeneck 3
25749 Ellerau
04106 - 73762 (priv.)
04121 - 84278 (dienstl.)
04106 - 78867 (Fax)

stellvertr. Vorsitzender,
Mitgliederverwaltung, Rechtsfragen:

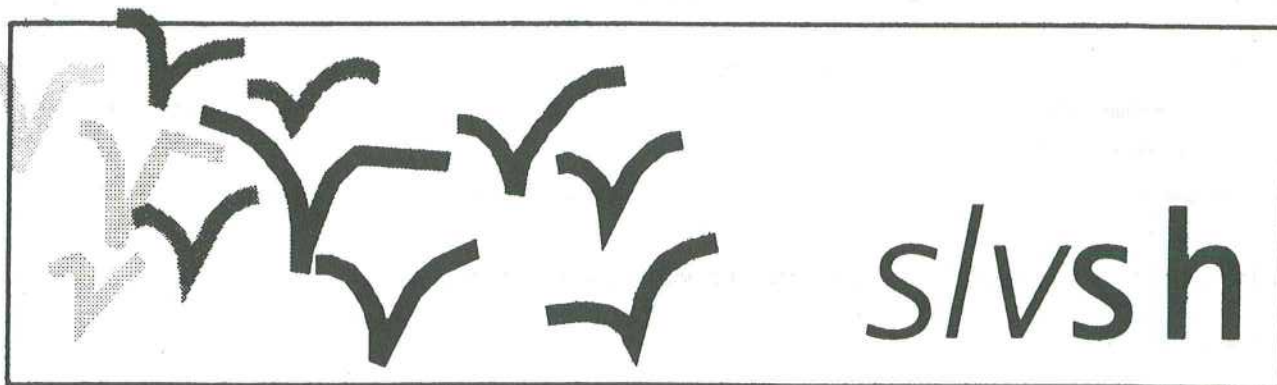
Friedrich Jeschke
Meisenweg 11
23769 Burg a. Fehmarn
04371 - 2402 (priv.)
04371 - 9613 (dienstl.)
04371 - 3749 (Fax)

Stellvertr. Vorsitzender,
Geschäftsstelle:

Walter Rossow
Am Sportplatz 8
23881 Breitenfelde
04542 - 89274 (priv. Fax)
04123 - 68137 (dienstl.)
04123 - 2326 (Fax)

Beisitzer,
Ausbildung, Fortbildung:

Holger Arpe
Mühlenberg 11c
24217 Schönberg
04344 - 3926 (priv.)
04344 - 1645 (dienstl.)
04344 - 3571 (Fax)



Geschäftsstelle:
Walter Rossow,
Am Sportplatz 8, 23881 Breitenfelde

Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.
*Die Interessenvertretung für
Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter*

Der s/vsh ist die Interessenvertretung für Schulleiterinnen und Schulleiter, Stellvertreterinnen und stellvertreter aller Schularten. Ihm gehören z.Zt. etwa 400 Mitglieder an.

Der s/vsh stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl von Schulleitungen durch Gedankenaustausch und gegenseitige Unterstützung.

Der s/vsh vertritt die Belange seiner Mitglieder gegenüber

- dem Ministerium
- der Schulaufsicht auf allen Ebenen
- den Schulträgern
- den Eltern- und Personalvertretungen
- und allen demokratischen Parteien.

Der s/vsh setzt sich ständig für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schulleitungen ein.

Der s/vsh macht deutlich, daß Führungsaufgaben unverzichtbarer Bestandteil von Schulleitung sind.

Der s/vsh erarbeitet Konzepte für Schulentwicklung und strebt ihre Umsetzung an.

Der s/vsh organisiert Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen für Schulleitungen und fördert dadurch die Kompetenz seiner Mitglieder u.a. für Leitungsaufgaben, Rechtsfragen, schulpädagogische Themen, etc. ...

**Gemeinsam mit uns
Herausforderungen erkennen
Aufgaben anpacken
Probleme lösen**

Für BackUP ist es nie zu früh!

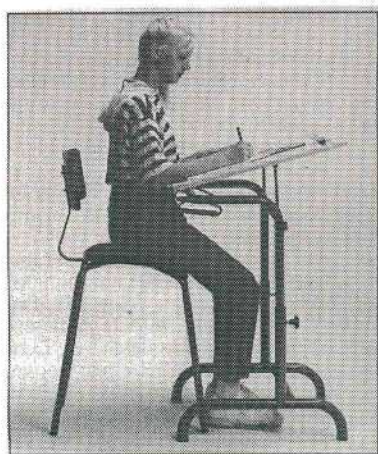
Allein im Laufe der ersten 10. Schuljahre sitzen Schüler mindestens 10.000 Stunden.

Mehrere europäische Untersuchungen u.a. aus Deutschland, Österreich und Dänemark zeigen, daß mindestens 50 % aller Schüler Rücken- und Haltungsschäden haben.

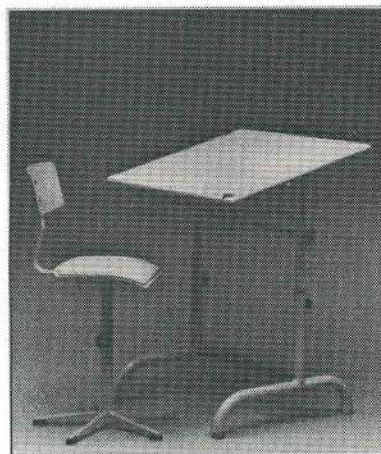
Nur ein gezielter Einsatz von Vorbeugungsmaßnahmen gegen Haltungsschäden führt zu einer Verbesserung.

Beginnen Sie jetzt, die Rückenbelastung der Schüler zu reduzieren.

Mit ergonomischen BackUp Schüler- und Lehrerarbeitsplätzen.



Ergonomische Schulmöbel



Jetzt auch als höhenverstellbarer Stuhl

Lust auf Sitzen - Lust auf Schule - Lust auf Leistung

Klaus-Dieter Netter GmbH

Hunnkamp 31

24622 Gnutz

Tel: 0 43 92 / 10 44 · Fax: 0 43 92 / 66 26



Werksvertretung

Schulleiterverband Schleswig-Holstein
c/o Walter Rossow, Am Sportplatz 8
23881 Breitenfelde
Postvertriebsstück, Entgelt bezahlt
V 12646 F

Uwe Niekler
Hauptschule
Am Sportplatz

25712

Gemeinsam mit uns Herausforderungen erkennen Aufgaben anpacken Probleme lösen

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.
c/o Walter Rossow
Am Sportplatz 8
23881 Breitenfelde

Verantwortlich:
Angelika Sing
Walter Rossow

Auflage:
500 Exemplare
(Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Beitrag enthalten)

Erscheinungsweise:
vierteljährlich

Für namentlich
gekennzeichnete Beiträge ist
der/die Unterzeichnende verantwortlich

